Herausgegeben von
Niels Werber,
Stefan Kaufmann
und Lars Koch

Erster Weltkrieg

Kulturwissenschaftliches
Handbuch

Verlag J. B. Metzler
Stuttgart · Weimar

Der Herausgeber

Niels Werber ist Professor für Neuere deutsche Literaturwissenschaft an der Universität Siegen.

Stefan Kaufmann ist apl. Professor am Institut für Soziologie der Universität Freiburg.

Lars Koch ist Professor für Neuere deutsche Literatur und Kulturwissenschaft an der Technischen Universität Dresden.

GE
2014

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-476-02445-9

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2014 J. B. Metzler'sche Verlagsbuchhandlung
und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH in Stuttgart
www.metzlerverlag.de
info@metzlerverlag.de

Einbandgestaltung: Willy Löffelhardt/Melanie Frasch
Satz: typopoint GbR, Ostfildern
Druck und Bindung: Kösel, Krugzell · www.koeselbuch.de

Printed in Germany
April 2014

Verlag J. B. Metzler Stuttgart · Weimar

Universitäts-
Bibliothek
Freiburg i. Br.

Inhaltsübersicht

I. Der Erste Weltkrieg: Zäsuren und Kontinuitäten

(Lars Koch, Stefan Kaufmann
und Niels Werber) 1

II. Das unruhige Zeitalter

1. Geopolitik: Vom ›Platz an der Sonne‹
zum ›Volk ohne Raum‹
(Niels Werber) 5
2. Globalisierungsprojekte: Sprache,
Dienste, Wissen
(Markus Krajewski) 51
3. Lebensentwürfe: Irritation und
Formierung
(Jürgen Reulecke) 85
4. Der Erste Weltkrieg als kulturelle
Katharsis und literarisches Ereignis
(Lars Koch) 97

III. Der Krieg

1. Politische Paranoia, Zäsur des Still-
stands und die Soziologie der ›totalen
Mobilmachung‹
(Friedrich Balke) 143
2. Den Krieg führen: Organisation,
Technik, Gewalt
(Christoph Jahr und Stefan Kaufmann) 164
3. Krieg der Nerven, Krieg des Willens
(Bernd Ulrich) 232
4. Kriegswirtschaft: Szenarien, Krisen,
Mobilisierungen
(Jörn Leonhard) 259
5. Ideologien: Mobilmachungen
und Desillusionierungen
(Steffen Bruendel) 280
6. Medien des Krieges
(Bernd Hüppauf) 311

IV. Nachkrieg?

1. Grenzüberschreitungen:
Vom Belagerungszustand zum
Ausnahmestandard
(Martin H. Geyer) 341
2. Ideenkrieg: Sinnstiftungen
des Sinnlosen
(Thomas Rohkrämer) 385
3. Grenzen der Gesellschaft – Grenzen
der Gemeinschaft
(Joachim Fischer) 410
4. Kriegsfolgen und Neuorientierung:
Geld und Geschlecht
(Maren Lickhardt) 419
5. Medienkultur: Entwürfe des Menschen
(Andreas Käuser) 434
6. Der Einbruch des Krieges in die
künstlerische Form
(Alexander Honold) 448

V. Ausblick: Der Erste Weltkrieg als Katastrophe

(Oliver Jahraus und
Christian Kirchmeier) 509

VI. Anhang

1. Die Autorinnen und Autoren 511
2. Personenregister 512

Inhaltsverzeichnis

I. Der Erste Weltkrieg: Zäsuren und Kontinuitäten

(Lars Koch, Stefan Kaufmann und Niels Werber)

Deutungs- und Wahrnehmungsgeschichte des Weltkriegs im Paradigma von Zäsur und Kontinuität	1
Das Konzept »Zäsur als Bewegungsmuster«	2
Aufbau des Handbuchs	3
Dank	4

II. Das unruhige Zeitalter

1. Geopolitik: Vom »Platz an der Sonne« zum »Volk ohne Raum«

(Niels Werber)	5
Von der Staatswissenschaft zur politischen Geographie und zur Geopolitik	5
Seemacht und Landmacht: Weltkrieg, Weltverkehr und Wirtschaftsgefängnis	7
Welt, Medien und Geopolitik	13
Landmacht und Seemacht als Lebensformen	16
Auslese und Dezision: Krieg als geopolitisches Experiment	20
Die Mittellage: »Deutschlands geopolitische Schwäche«	22
Das Tor zur Welt und sein Türhüter: Das Bagdadbahn-Projekt	23
Verkehr, Pforten und Türhüter	24
Geodeterminismus oder evolutionistische Dynamik?	26
Nach Osten: Umorientierung und Konjunktur der deutschen Geopolitik	29
Zurück in den Osten: Geopolitiken der Literatur	30
Österreich-Ungarn als überlebte Lebensform	41
Der Erste Weltkrieg als Zäsur und Katalysator des geopolitischen Diskurses	44
Fazit	46

2. Globalisierungsprojekte: Sprache, Dienste, Wissen

(Markus Krajewski)	51
Kulturelle Erneuerungsbewegungen vor dem Ersten Weltkrieg	51
Große Projekte für ein neues Jahrhundert I: Sprache	52
Große Projekte für ein neues Jahrhundert II: Dienste	64
Große Projekte für ein neues Jahrhundert III: Wissen	73
Die Zäsur und was fort dauert	80

3. Lebensentwürfe: Irritation und Formierung

(Jürgen Reulecke)	85
Verstädterung und Zivilisationskritik versus Munizipalsozialismus	86
Agrarromantik, Heimatschutz und Lebensreform	87
Mannhaftigkeit, Männerbund und Homoerotik	88
Der »Aufbruch der Jugend« Wandervogel und Freideutsche Jugend	90
Deutungskonkurrenzen	93

4. Der Erste Weltkrieg als kulturelle Katharsis und literarisches Ereignis

(Lars Koch)	97
Diskursive und psychohistorische Ermöglichungszusammenhänge der Literatur zum Ersten Weltkrieg	98
Nach 1914: Literatur als Waffendienst mit der Feder	104
Pazifistische Gegenstimmen	116
Literarischer Krieg im Nachkrieg	119
Zentrale Texte des literarischen Nachkriegs	122
Ausblick: Der Jahrgang 1902	134

III. Der Krieg

1. Politische Paranoia, Zäsur des Stillstands und die Soziologie der »totalen Mobilmachung«

(Friedrich Balke)	143
Eine Welt von Feinden: Politische Paranoia oder »Rüstung bis ins innerste Mark«	143
Stereotype der inneren und äußeren Feindschaft: Händler und Helden	145
Max Webers Kampf gegen die »Verfälschung« des paranoischen Phantasmas	148
Unbestimmtheit der Zäsur: Simmel und der Krieg als Medium des »neuen Menschen«	149
Epistemologischer Bruch: Emil Lederers Soziologie des Weltkriegs	151
Das Primat des Krieges über die Politik	157

2. Den Krieg führen: Organisation, Technik, Gewalt

(Christoph Jahr und Stefan Kaufmann)	164
Traditionen und Bruchlinien des Militärischen	165
Kriegführung 1914: Pläne und Wirklichkeiten	173
Industrialisierte Gewalt	182
Aufklärung: Zur Logistik der Wahrnehmung	196
Körperlichkeit, Materialität und Überleben	206
Technische Fluchtlinien aus dem Stellungs- krieg: Gas, U-Boot, Panzer, Flugzeug	213

3. Krieg der Nerven, Krieg des Willens

(Bernd Ulrich)	232
Zwei Nervenzusammenbrüche	232
Nervöse Soldaten	236
Nerven- und Nervositätsdebatten vor 1914	237
Starke Nerven? Zwischen »Mobilmachungs- psychosen« und »Kriegsneurosen«	243
Die völlige propagandistische Funktio- nalisierung des Willensdiskurses	255

4. Kriegswirtschaft:

Szenarien, Krisen, Mobilisierungen

(Jörn Leonhard)	259
»Deutscher Krieg und deutsche Wirtschaft«: Die Ökonomie als Teil des intellektuellen Kulturkrieges seit 1914	262
Die frühe Mobilisierungskrise: Kriegswirtschaft als Handlungschance	264
»Gemeinwirtschaft« und »organisierter Kapitalismus«: Die Deutung der Kriegsökonomie zwischen Neuordnungs- konzepten und radikalisierten Feindbildern	267
Mangel, Hunger und Zwang: Die Kriegs- wirtschaft im totalisierten Krieg zwischen Mobilisierungsutopien und Herrschaftserosion	270
Zusammenfassung: Erwartung und Erfahrung der deutschen Wirtschaft im Krieg	276

5. Ideologien: Mobilmachungen und Desillusionierungen

(Steffen Bruendel)	280
Die Semantik nationaler Einheit	280
Augusterlebnisse: Die geistig-emotionale Mobilisierung	285
Kulturkrieg: Die ästhetische Mobilmachung	292
Vergemeinschaftungsangebote: Weltanschauliche Grundierungen	298
Fronterlebnisse: Desillusionierung und Durchhaltewille	304

6. Medien des Krieges

(Bernd Hüppauf)	311
Theorien	311
Vorgeschichte	317
Medien im Ersten Weltkrieg	320
Themen und Phasen der bildlichen Repräsentation	333
Vom Medienbild des Ersten Weltkriegs zum Kriegsbild in der Postmoderne	335

IV. Nachkrieg?

1. Grenzüberschreitungen:

Vom Belagerungszustand zum Ausnahmezustand (Martin H. Geyer)	341
Gesellschaft im Ausnahmezustand	341
Die Welt von gestern: Der eingehegte Belagerungszustand	344
Zäsuren: Die Ermächtigungen 1914 und die Suspendierung von Ordnungen	347
»Not kennt kein Gebot« I: Rechtssuspensionen und die Logiken des Maßnahmenstaates	350
(Selbst-)Ermächtigungen unter den Bedingungen des Belagerungszustands	353
»Not kennt kein Gebot« II: Hunger, Selbsthilfe und der soziale Maßnahmenstaat	357
Die Republik im Ausnahmezustand	359
Ausnahmezustand und Gewalt	362
Belagerungszustand: Das Krisenjahr 1923 als Exerzierfeld	364
Ausnahmezustand und republikanische Nachkriegs-Normalität	367
Ausnahmezustand und Selbst-ermächtigungen	370
Schwebezustand: Aporien des präsidialen Maßnahmenstaates	372
1914–1933: Die Alternative des totalen Maßnahmenstaats	375
Widerstand?	379
2. Ideenkrieg: Sinnstiftungen des Sinnlosen (Thomas Rohkrämer)	385
Militär und Krieg im Deutschen Kaiserreich	385
Der Erste Weltkrieg	387
Der Erste Weltkrieg als geistige Herausforderung	388

Der Kampf um die ideologische Besetzung der Erinnerung: Die kritischen Deutungen des Krieges	388
Der Kampf um die ideologische Besetzung der Erinnerung: Die nationalistische Deutung des Krieges	389
Erinnerung zwischen Trauer und ideologischer Aufladung: Kriegerdenkmäler	391
Sinnstiftung bei Veteranen: Der »soldatische Nationalismus«	394
Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg	399
Die Generation von 1900	400
Die Durchsetzung einer militaristischen Sinnstiftung gegen Ende der Weimarer Republik	402
August 1914 und September 1939	404
»No more Heroes any more?«	405
3. Grenzen der Gesellschaft – Grenzen der Gemeinschaft (Joachim Fischer)	410
Lukács und Plessner: Alternative Sozialphilosophien im Ausgang des Weltkrieges	410
Radikalkritische Theorie der Gesellschaft im Namen der militanten Gemeinschaft (Lukács)	411
Kritik der radikalen Gemeinschaftsutopien im Zeichen der zivilen Gesellschaft (Plessner)	413
Spuren durch das 20. Jahrhundert: Lukács und Plessner als sozialphilosophische Marken nach dem Zweiten Weltkrieg	414
4. Kriegsfolgen und Neuorientierung: Geld und Geschlecht (Maren Lickhardt)	419
Inflation und Stabilisierung	419
Geschlechterbilder und Geschlechterwandel	424

5. Medienkultur: Entwürfe des Menschen

(Andreas Käuser)	434
Medium und Diskurs	434
Menschen- und Körperbilder	434
Umbruch und Latenz	435
Ambivalenz der Moderne	435
Ästhetisierung der Lebenswelt	436
Abstraktion und Einfühlung	436
Intermedialität	437
Montage und Projektion	437
Aisthesis der Großstadt	438
Anordnung der Wahrnehmung	438
Tanz und Mode	439
Tongesten und Radiostimmen	439
Abstraktion und Sinnlichkeit	439
Ausdruck und Darstellungsmaske	440
Gestische Zerteilung	440
Filmische und diskursive Einstellung	441
Anthropologie und Phänomenologie	441
Kultur und Sein	442
Charakter und Typologie	442
Vorbilder	443
Führerbilder	444
Exzentrische Position	444
Verhaltenslehre und soziale Ästhetik	445
Gestisches und episches Theater	445
6. Der Einbruch des Krieges in die künstlerische Form (Alexander Honold)	448
Krieg der Symptome (Gottfried Benn, Carl Einstein, Carl Sternheim, Alfred Döblin)	450

Analytische Rekonstruktion I: Der Krieg in Rückblick und Vorzeichen (Hermann Broch, Robert Musil, Thomas Mann)	459
Analytische Rekonstruktion II: Schlafwandler in den Krieg	462
Analytische Rekonstruktion III: Revolutionstage im Elsass (Alfred Döblin: <i>November 1918</i>)	467
Poetische Assimilation I: Aby Warburg und die Krise im Nachkrieg	473
Poetische Assimilation II: Franz Biberkopf im Nachkrieg	482
»Wer könnte das erzählen?« Die fortwirkende Gewalt des Krieges	486

V. Ausblick: Der Erste Weltkrieg als Katastrophe

(Oliver Jahraus und Christian Kirchmeier)	
Kennans Schlagwort	495
Zur Metapherngeschichte von »Katastrophe«	495
Das Deutungsmuster der Katastrophe zwischen den Kriegen: Natur/Technik, Religion und Décadence	496
Kriegsschuldfrage und Katastrophenmetapher	499
Geschichtsphilosophische Dimensionen des Katastrophenbegriffs	502
Das Stichwort der (Ur-)Katastrophe in der jüngeren Historiographie	505
Fazit	507

VI. Anhang

1. Die Autorinnen und Autoren	511
2. Personenregister	512

- Jahr, Christoph: *Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserture im deutschen und britischen Heer 1914–1918*. Göttingen 1998.
- Kessler, Harry Graf: *Tagebücher. 1918–1937*. Hg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli. Frankfurt a. M. 1996.
- Kruse, Wolfgang: *Der Erste Weltkrieg*. Darmstadt 2009.
- Lamprecht, Karl: *Zur jüngsten deutschen Vergangenheit*. Erster und zweiter Ergänzungsband der Deutschen Geschichte. Bd. 1. Berlin 1902.
- Lemm, Alfred: Der Herr mit der gelben Brille. In: Ders.: *Mord*. Bd. II: Versuche. München 1918, 9–18.
- Lengwiler, Martin: *Zwischen Klinik und Kaserne. Die Geschichte der Militärpsychiatrie in Deutschland und der Schweiz 1870–1914*. Zürich 2000.
- Lerner, Paul: »Ein Sieg deutschen Willens«. Wille und Gemeinschaft in der deutschen Kriegspsychiatrie. In: Wolfgang U. Eckart/Christoph Gradmann (Hg.): *Die Medizin und der Erste Weltkrieg*. Pfaffenweiler 1996, 85–107.
- Lerner, Paul: »Nieder mit der traumatischen Neurose, hoch die Hysterie«. Zum Niedergang und Fall des Hermann Oppenheim (1889–1919). In: *Psychotherapie* 2 (1997), 2/1, 16–22.
- Lerner, Paul: *Hysterical Men. War, Psychiatry, and the Politics of Trauma in Germany, 1890–1930*. Ithaca 2003.
- Löwenfeld, Leopold: *Die moderne Behandlung der Nerven-schwäche (Neurasthenie), der Hysterie und verwandter Leiden* [1889]. Wiesbaden 1904.
- Micale, Marc S./Lerner, Paul (Hg.): *Traumatic Pasts. History, Psychiatry, and Trauma in the Modern Age, 1870–1950*. Cambridge 2001.
- Michl, Susanne/Plamper, Jan: Soldatische Angst im Ersten Weltkrieg. Die Karriere eines Gefühls in der Kriegspsychiatrie Deutschlands, Frankreichs und Russlands. In: *Geschichte und Gesellschaft* 35 (2009), 209–248.
- Moltke, Helmuth von: *1848–1916. Dokumente zu seinem Leben und Wirken*. Hg. von Thomas Meyer. 2 Bde. Basel 1993.
- Nebelin, Manfred: *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*. München 2010.
- Neuner, Stephanie: *Politik und Psychiatrie. Die staatliche Versorgung psychisch Kriegsbeschädigter in Deutschland 1920–1939*. Göttingen 2011.
- Nonne, Max: Therapeutische Erfahrungen an den Kriegsneurosen in den Jahren 1914. In: Otto von Schjerning (Hg.): *Handbuch der Ärztlichen Erfahrungen im Weltkrieg 1914/1918*. Bd. IV: Geistes- und Nervenkrankheiten. Hg. von Karl Bonhoeffer. Erster Teil. Leipzig 1922, 102–121.
- Oppenheim, Hermann: *Die traumatischen Neurosen nach den in der Nervenambulanz der Charité in den 5 Jahren 1883–1889 gesammelten Beobachtungen*. Berlin 1889.
- Plaut, Paul: *Psychographie des Kriegers*. Leipzig 1920.
- Radkau, Joachim: *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Frankfurt a. M. 1989.
- Radkau, Joachim: Nationalismus und Nervosität. In: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.): *Kulturgeschichte Heute*. Göttingen 1996, 285–315.
- Radkau, Joachim: *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*. München/Wien 1998.
- Reimann, Aribert: *Der große Krieg der Sprachen. Untersuchungen zur historischen Semantik in Deutschland und England zur Zeit des Ersten Weltkriegs*. Essen 2000.
- Roelcke, Volker: *Krankheit und Kulturkritik. Psychiatrische*
- Gesellschaftsdeutungen im bürgerlichen Zeitalter (1790–1914)*. Frankfurt a. M./New York 1999.
- Rosinski, Herbert: *Die Deutsche Armee. Vom Triumph zur Niederlage*. Düsseldorf/Wien 1977 (amerik. 1966).
- Rothe, Friedrich: *Harry Graf Kessler. Biographie*. München 2008.
- Schivelbusch, Wolfgang: *Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert*. Frankfurt a. M. 1989.
- Schivelbusch, Wolfgang: *Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden, Frankreich 1871, Deutschland 1918*. Frankfurt a. M. 2007.
- Schjerning, Otto von (Hg.): *Handbuch der Ärztlichen Erfahrungen im Weltkrieg 1914/1918*. Bd. IV: Geistes- und Nervenkrankheiten. Hg. von Karl Bonhoeffer. Erster Teil. Leipzig 1922.
- Schmidt, Fritz: *Über die Psyche des Infanteristen im Kampfe*. Greifswald 1919.
- Shorter, Edward: *Moderne Leiden. Zur Geschichte der psychosomatischen Krankheiten*. Reinbek bei Hamburg 1994.
- Simmel, Ernst: Zur Psychoanalyse der Kriegsneurosen (1918). In: Ders.: *Psychoanalyse und ihre Anwendungen. Ausgewählte Schriften*. Hg. von Ludger M. Hermanns/Ulrich Schultz-Venrath. Frankfurt a. M. 1993a, 21–35.
- Simmel, Ernst: Kriegsneurosen (1944). In: Ders.: *Psychoanalyse und ihre Anwendungen. Ausgewählte Schriften*. Hg. von Ludger M. Hermanns/Ulrich Schultz-Venrath. Frankfurt a. M. 1993b, 204–226.
- Sommer, Robert: *Krieg und Seelenleben*. Leipzig 1916.
- Steiner, Andreas: »Das nervöse Zeitalter«. Der Begriff Nervosität bei Laien und Ärzten in Deutschland und Österreich um 1900. Zürich 1964.
- Stekel, Wilhelm: *Unser Seelenleben im Kriege. Psychologische Betrachtungen eines Nervenarztes*. Berlin 1916.
- Ulrich, Bernd: Nerven und Krieg. Skizzierung einer Beziehung. In: Bedrich Loewenstein (Hg.): *Geschichte und Psychologie. Annäherungsversuche*. Pfaffenweiler 1992, 163–192.
- Ulrich, Bernd: Kampfmotivationen und Mobilisierungsstrategien: Das Beispiel Erster Weltkrieg. In: Heinrich von Stietencron/Jörg Rüpke (Hg.): *Töten im Krieg*. Freiburg/München 1995, 399–420.
- Ulrich, Bernd: *Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914–1933*. Essen 1997.
- Ulrich, Bernd/Ziemann, Benjamin (Hg.): *Krieg im Frieden. Die unkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg*. Frankfurt a. M. 1997.
- Ulrich, Bernd/Ziemann, Benjamin (Hg.): *Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein historisches Lesebuch*. Essen 2005.
- Verhey, Jeffrey: *Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft*. Hamburg 2000 (amerik. 2000).
- Weber, Thomas: *Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit*. Berlin 2011 (engl. 2010).
- Zander, Helmut: Der Generalstabschef Helmuth von Moltke d. J. und das theosophische Milieu um Rudolf Steiner. In: *Militär-geschichtliche Zeitschrift* 62 (2003), 423–458.
- Zander, Helmut: *Rudolf Steiner. Die Biografie*. München/Zürich 2011.
- Ziemann, Benjamin: *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923*. Essen 1997.

Bernd Ulrich

4. Kriegswirtschaft: Szenarien, Krisen, Mobilisierungen

Im Dezember 1887 beschäftigte sich Friedrich Engels intensiv mit der Möglichkeit künftiger Kriege und ihres Charakters. Dabei griff er auf den neuen Begriff eines »Weltkrieges« zurück, der von Kontinentaleuropa ausgehend nie geahnte Konsequenzen mit sich bringen werde:

Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nur geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. 8 bis 10 Mill. Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei Europa so kahl fressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des 30jährigen Krieges zusammengedrängt in 3 bis 4 Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet (Engels 1981, 350 f.).

Engels war sich sicher, dass dieser künftige Weltkrieg auch in den wirtschaftlichen Ruin führen werde: Die »rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit; endend in allgemeinem Bankrott« (ebd., 351), dieser werde aber nur den Auftakt zu einem allgemeinen Umbruch der politischen Systeme bilden. Der wirtschaftliche Kollaps gehe dem »Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit« voraus, »derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt« (ebd.). Aus dem ruinösen »System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen« (ebd.) werde, so seine Hoffnung, am Ende nicht nur »die allgemeine Erschöpfung« (ebd.), sondern auch »die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse« (ebd.) resultieren.

Der Krieg der Zukunft wurde seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einem Leitmotiv der politischen Publizistik, der militärischen Experten, aber auch der populären Literatur. Der Kampf um die Deutung der Zukunft hatte viel damit zu tun, wie man die Chancen auf Krieg und Frieden einschätzte und wie man sich einen möglichen Krieg der Zukunft vorstellte. Damit einher ging nicht nur in Deutschland eine intensive Diskussion des Zusammenhangs von wirtschaftlicher Entwicklung und Bellizität, also der Fähigkeit eines Staates und einer Gesellschaft, sich auf die Bedingungen eines künftigen Krieges einzustellen und ihn erfolgreich zu führen. Dahinter standen wichtige strukturelle Verän-

derungen. Denn mit dem endgültigen Durchbruch der Industriegesellschaft seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veränderten sich die Kriterien, mit denen die Machtpositionen eines Landes bestimmt wurden: Nicht mehr allein Landbesitz, sondern die Erschließung und Mobilisierung wirtschaftlicher Ressourcen in Form von Rohstoffen, Investitionskapital und Arbeit rückten in den Vordergrund. Zugleich erlaubten die demographische Entwicklung und die industrielle Mobilisierung es europäischen Gesellschaften zum ersten Mal, Massenheere auszurüsten, neue Waffentechnologien, vor allem Artilleriewaffen und Maschinengewehre mit hoher Schussfolge, sowie die notwendigen Verkehrsinfrastrukturen zu entwickeln, um diese Massenarmeen in kurzer Zeit zu transportieren.

Das machte die begrenzten Kriege seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – vom Krimkrieg und den italienischen und deutschen Nationalkriegen zwischen 1859 bis 1871 bis zum Südafrikanischen Krieg ab 1899 und dem Russisch-Japanischen Krieg von 1904/5 – auch zu Testphasen für die wirtschaftliche Leistungskraft von Staaten. Eisenbahn- und Flottenbau wurden vor diesem Hintergrund nicht zufällig zu Schlüsselbereichen, in denen sich industrielle Leistung, Kapitalinvestitionen, militärisch-strategische Überlegungen und der Anspruch auf imperiale Ausgriffe miteinander verbanden. Die Niederlage Russlands im Krimkrieg 1856 reflektierte für die Zeitgenossen auch die wirtschaftliche Rückständigkeit des Reiches, der Sieg Preußens bei Königgrätz 1866 über die Österreicher schien seine ökonomische Stärke und überlegene logistische Infrastruktur zu bestätigen. Der Blick auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale europäischer Staaten spiegelte für die meisten Zeitgenossen ihre Fähigkeit wider, der Herausforderung eines künftigen Krieges zu begegnen.

Diese Ausgangssituation erklärte vor 1914 vor allem das hochambivalente Verhältnis zwischen dem Deutschen Kaiserreich und Großbritannien. Nachdem die kolonialen Einflussphären sowohl mit Frankreich in Afrika als auch mit Russland in Asien abgegrenzt waren, also nach dem Sudanvertrag 1899 und der Entente 1907, wurde die Rivalität mit Deutschland ein zunehmend wichtiger Faktor in der

britischen Politik. Dessen dynamische wirtschaftliche Entwicklung, zumal in der zweiten Industrialisierung in den Bereichen Elektrotechnik und Chemie, sein dynamisches Bevölkerungswachstum, aber auch die Modernität seiner Bildungseinrichtungen und die Anfänge sozialstaatlicher Maßnahmen zur Integration der Industriearbeiter machten es zu einem Modell, mit dem man sich auseinandersetzen und an dem man die eigene Effizienz, die Zukunftsfähigkeit und die Kriegsfähigkeit des eigenen Landes sowie des ganzen Britischen Empire messen musste. Mit dem Wandel des deutschen Selbstbildes einer saturierten Kontinentalmacht zum Anspruch auf gleichberechtigte Weltmachtstellung seit 1890 verschärfte sich diese Spannung. Bis zum Kriebsausbruch im Sommer 1914 blieb die deutsch-britische Beziehung jedoch ambivalent, gekennzeichnet von einer Mischung aus Rivalität und Faszination. Ihr Symbol war seit 1898 ein spezifisch deutscher Navalismus, der mit dem Bau einer Hochseeschlachflotte und einer nationalistischen Propaganda im Flottenverein einherging, während zugleich britische Experten die Grundzüge des deutschen Sozialversicherungssystems vor Ort studierten (vgl. Ritter 1983; Hennock 2007).

Industrielle Leistung, die für einen Krieg der Zukunft, für den Unterhalt von Massenarmeen, die Produktion von Artillerie und Munition wie für Schlachtflotten unerlässlich war, war vor diesem Hintergrund vor 1914 von entscheidender Bedeutung und verstärkte den internationalen Konkurrenzdruck. Zeitgenössische britische Befürchtungen, in diesem globalen Wettbewerb zurückzufallen, vor allem im Blick auf die Dynamik industrieller Produktion in Deutschland und den Vereinigten Staaten, schienen sich zu bestätigen (vgl. Fisch 2002, 348; Mulligan 2010, 180–186). Diese ökonomische Selbstpositionierung war ohne den Sozialdarwinismus als Deutungsfolie im Hintergrund nicht zu verstehen.

Alfred Graf von Schlieffen, der mit seinem gleichnamigen Plan das deutsche strategische Kalkül im Sommer 1914 bestimmen sollte, einen künftigen Krieg durch eine frühe Entscheidungsschlacht im Westen gegen Frankreich zu begrenzen, entwarf 1909 ein Kriegsszenario, in dem er der Prämisse seines eigenen Plans widersprach, sich im kommenden Krieg auf eine möglichst schnelle Entscheidung im Westen zu konzentrieren. Aus der Sicht des militärischen Experten stellten vor allem die technologischen Veränderungen alle bisherigen Annahmen über den Krieg grundlegend in Frage: »Die Waffentechnik feiert ihre herrlichsten Triumphe. Das aber, was

Deutschland wie Frankreich erstrebt und was sich alle übrigen Mächte gewünscht hatten: eine Erleichterung im Kampfe, eine Überlegenheit über den Gegner brachte sie niemand« (Schlieffen 2001, 194). Der Krieg der Zukunft war nicht mehr mit einer kühnen Angriffsstrategie zu entscheiden, sondern stellte sich als mühsamer Abnutzungskrieg von Staaten und Gesellschaften dar, dessen Ausgang entscheidend von den ökonomischen Ressourcen abhängig sei:

Der Feldzug schleppt sich hin. Solche Kriege sind aber zu einer Zeit unmöglich, wo die Existenz der Nation auf einen ununterbrochenen Fortgang des Handels und der Industrie begründet ist, und durch eine rasche Entscheidung das zum Stillstand gebrachte Räderwerk wieder in Lauf gebracht werden muss. Eine Ermattungsstrategie lässt sich nicht treiben, wenn der Unterhalt von Millionen den Aufwand von Milliarden erfordert (zit. n. ebd.).

Aus dieser skeptischen Sicht resultierte Schlieffens Drängen auf eine schnelle Entscheidung des Krieges, die in seinen Augen allein einen solchen Abnutzungskrieg verhindern konnte.

Im Gegensatz zu diesen Szenarien und Wahrnehmungsmustern der Zeitgenossen stand der reale Anteil von Rüstungsausgaben in den Industriegesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg. Obwohl die Rüstungsausgaben weltweit anstiegen, konnte von einer wirtschaftlichen Auszehrung der Staaten und einer umfassenden Militarisierung aller Lebensbereiche keine Rede sein. Denn angesichts der enormen industriellen Wachstumsraten blieb der Anteil militärischer Ausgaben an den Gesamtbudgets im 19. Jahrhundert trotz höherer nominaler Ausgaben relativ konstant. In Großbritannien lag er zwischen 1853 und 1913 zwischen 30 und 40 Prozent, in Frankreich zwischen 1815 und 1914 bei ca. 30 Prozent, in Deutschland 1907 bei 27 Prozent. Obwohl der Anteil der Militärausgaben am gesamten Volkseinkommen stieg, blieb er im Vergleich zu späteren Phasen des 20. Jahrhunderts noch vergleichsweise niedrig: In Großbritannien lag er 1910 bei 3,6 Prozent, in Frankreich 1914 bei 4,8 Prozent, in Deutschland bei 4,6, in Italien bei 3,5, in Russland bei 6,3, in den Vereinigten Staaten nur bei 0,8 und in Japan bei 4,8 Prozent (alle Angaben für 1914). Ebenso war der Anteil der Bevölkerung, der vor 1914 tatsächlich unter Waffen stand, noch immer relativ gering: In Frankreich betrug er 1910 nur 1,53, in Deutschland nur 0,79 Prozent (vgl. Wright 1965, 670 f.; Flora 1983, 361–449; Andersen 1985, 317; Schremmer 1994, 46–49, 100 f., 188; Fisch 2002, 348). Andererseits sagen diese Zahlen nichts über die gesellschaftliche Prä-

sens des Militärischen, seine kulturelle Orientierungskraft aus, die sich in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Gesellschaften vor allem in der Wehrpflichtpraxis, dem militärischen Vereinswesen, aber auch an Festtagen, Denkmälern und der Omnipräsenz der Uniformen gezeigt hat. Allein dem Deutschen Flottenverein gehörten 1913 mehr als 1,1 Mio. Mitglieder an (vgl. Rohkrämer 1990; Vogel 1997).

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistung und Kriegsfähigkeit war um 1900 keinesfalls unumstritten. Wenn sich in dieser Phase internationale Konflikte verdichteten, so verstärkte sich auch das Bewusstsein, in einer Phase transnationaler Kooperation und friedlichen Internationalismus als Zeichen des allgemeinen Fortschritts zu stehen. Wissenschaftliche und technologische Erfindungen und wirtschaftliche Entwicklungen waren in den Augen der Zeitgenossen untrennbar damit verbunden. In seinem weitverbreiteten, reich illustrierten Band über die Pariser Weltausstellung im Epochenjahr 1900 hebt Georg Malkowsky hervor, dass das zeitgenössische Schlagwort vom »friedlichen Wettstreit der Nationen« (Malkowsky 1900, V) gerade nicht als Konkurrenzkampf gemeint sei, der unrettbar auf einen Krieg hinauslaufen müsse:

Nicht um ein Konkurrenzen allein handelte es sich, sondern vor allem um ein Lernen. Wie sehr man bestrebt war, die Arena in ein Gymnasium zu verwandeln, dafür zeugte die Unzahl der Kongresse, die Gelehrte und Techniker, Handels- und Socialpolitiker, Künstler und Literaten aller Nationen zum Austausch ihrer Meinungen und Erfahrungen auf dem Ausstellungsterrain zusammenführte (ebd.).

Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Errungenschaften gehe es jetzt vor allem darum, den sozialen Problemen der fortgeschrittenen Industriegesellschaften zu begegnen:

Bedeutsam vor allem und der Zeitströmung entsprechend war die glänzende Vertretung der Socialpolitik und der Arbeiterwohlfehlseinrichtungen, der Sicherheitsventile, die sich unser Jahrhundert für die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der Massenproduktion geschaffen hat. Sie setzten dem sich in Paris dokumentierenden Konkurrenzkampf der Völker ein neues ethisches Element zu und schufen gewissermaßen ein neutrales Gebiet, auf dem man sich ohne Mißgunst in demselben Streben zusammenfinden konnte (ebd.; vgl. auch Herren-Oesch 1993).

Auch die publizistisch einflussreichen Pazifisten argumentierten mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Für sie widerspricht der Krieg der Zukunft den Gegebenheiten und rationalen Interessen erfolgreicher

Industriegesellschaften. 1899 erschien das nicht weniger als 4000 Seiten umfassende Werk *Der Krieg* von Johann von Bloch, eines russischen Geschäftsmanns, der durch den Eisenbahnbau zum Millionär geworden war und sich rühmte, Zar Nikolaus habe nach der Lektüre seines Buches den Plan für eine internationale Friedenskonferenz in Den Haag entworfen (vgl. Sheehan 2008, 54). Anders als die meisten zeitgenössischen Pazifisten ging es Bloch nicht darum, den Krieg moralisch zu disqualifizieren. Vielmehr begründet er dessen Sinnlosigkeit analytisch und empirisch, indem er dem Leser akribisch die Konsequenzen der industriellen und technologischen Dynamik für einen Krieg der Zukunft vorführt.

Schon 1884 hatte Herbert Spencer in *The Man versus the State* den Krieg mit einem traditionellen Typ von Gesellschaft identifiziert, der durch den Fortschritt des *industrial type* der Gegenwart überwunden werde (vgl. Spencer 1994, 170 ff.). Bloch verweist darauf, dass mit dem rauchlosen Pulver, der neuen Technik der in allen Armeen verwendeten Repetiergewehre, die auf bis zu 1500 Meter treffsicher waren und die Feuergeschwindigkeit von ehemals ein bis zwei auf vier bis fünf Schuss pro Minute steigerten, mit neuen Waffen wie dem Maxim-Maschinengewehr und schweren Artilleriewaffen, jede Verteidigungsposition so stark werde, dass sie den klassischen Infanterieangriff in Schützenlinie mit aufgepflanzten Bajonetten aussichtslos mache. Wie der Militärexperte Schlieffen prognostiziert Bloch, dass der Krieg der Zukunft sich lange hinziehen müsse. Ein solcher unabsehbarer langer Krieg werde die Gesellschaften ökonomisch und sozial ausbluten und am Ende zusammenbrechen lassen. Am Ende stehe nicht »der Kampf, sondern die Hungersnot, nicht das Sterben von Männern, sondern der Bankrott ganzer Nationen und der Zusammenbruch der gesamten sozialen Organisation« (zit. n. Sheehan 2008, 55 f.).

Noch größere Resonanz fand der britische Journalist Norman Angell mit seinem Buch *The Great Illusion* von 1910, das einer der frühen Bestseller des 20. Jahrhunderts wurde. Im Kern argumentiert auch Angell rational gegen den Krieg: Die historische Phase, in der militärische Macht die Basis von Wohlstand garantiert habe, sei vorbei. Wirtschaftliche Leistungskraft sei im Zeitalter der Arbeitsteilung von dynamischen Verkehrsverbindungen, vom weltweiten Austausch von Gütern, Ideen und Menschen abhängig. Moderne Gesellschaften könnten sich den Krieg nicht mehr leisten, er widerspreche jeder Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge der

Gegenwart. Gewinn resultiere nicht mehr aus dem Besitz von Territorien wie in vergangenen historischen Epochen, sondern sei die Folge von Handelsbeziehungen, dem Austausch von Gütern und Kapital. Gerade deshalb seien die deutsche Annexion Elsass-Lothringens und die Reparationsforderungen gegenüber Frankreich nach 1871 ein teurer Fehler gewesen, weil sie den potentiellen Handelspartner des neuen Nationalstaates geschwächt hätten (vgl. Angell 1910; Ceadel 2009; Sheehan 2008, 58 ff.). Diese Argumente für den Pazifismus beruhen anders als etwa bei Berta von Suttner nicht auf moralischen Positionen, sondern auf dem Anspruch einer wissenschaftlichen Widerlegung des Kriegs, bei der der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und Verflechtung eine entscheidende Rolle spielte.

»Deutscher Krieg und deutsche Wirtschaft«: Die Ökonomie als Teil des intellektuellen Kulturkrieges seit 1914

Der Große Krieg brach dennoch aus. In der verbreiteten Hoffnung auf einen kurzen Feldzug mochten sich viele Politiker und Militärs mit langfristigen Konsequenzen im Sommer 1914 noch nicht beschäftigen. Aber als sich nach den Schlachten an der Marne und bei Ypern und dem offenkundigen Scheitern des Schlieffen-Plans im Herbst 1914 zeigte, dass es ein langer Krieg werden würde, dessen Ende mit dem Übergang zum Stellungskrieg und den Strategien gegenseitiger Ermattung und Abnutzung unabsehbar wurde, veränderte sich auch das Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Krieg stellte die tradierte Ordnung von öffentlichen und privaten Finanzen, von Ökonomien, von Produktion und Handel in Frage. Im Kern forderte der totalisierte Krieg alle Gesellschaften heraus, indem er durch die enormen Opfer zum Testfall von Kohäsion, Integration und Loyalität, von Mobilisierung und Kontrolle, aber auch von Überzeugungen und Rechtfertigungen wurde. Staat und Nation wurden nicht nur nach außen zu Krieksakteuren, sondern ihrem Anspruch nach auch nach innen. Mit der Einforderung von Pflicht und Opfer gegenüber Millionen von Menschen veränderten sich zugleich deren Ansprüche auf Teilhabe und Anerkennung. Dadurch gerieten die Begründungen von überkommenen Ordnungen unter Druck.

Es war kein Zufall, dass es gerade in Deutschland seit Kriegsbeginn zu programmatischen Neuinterpretationen einer aus dem Krieg erwachsenden

neuen Wirtschafts- und Sozialverfassung kam. Darin wurde eine vor 1914 zurückreichende Diskussion um die Probleme des deutschen Nationalstaates und seine Paradoxien fortgesetzt. Auf sie hatte Karl Helfferich 1901 verwiesen, der in Deutschland »eine agrarische Politik in einem industriellen Staat« (Helfferich 1901, 259) konstatiert und damit die Spannungen und Integrationsdefizite des jungen Nationalstaates mit seiner besonders erfolgreichen Industriegesellschaft anspricht (vgl. Mai 1995, 160). Mit diesem Paradoxon war nicht die ökonomische Basis, sondern die Machtverteilung der gesellschaftlichen Gruppen angesprochen: Ein »agrarischer« Nationalstaat verweist nach dieser Interpretation auf eine Großmachtspolitik nach außen, bei der das Heer, auf die Vorstellung agrarischer Autarkie gestützt, von der industriellen Arbeiterschaft und einem bürgerlichen Offizierskorps weitgehend unabhängig bliebe. Als konsequenter Industriestaat dagegen musste sich das Reich dem Weltmarkt stellen. Folgt man dieser Interpretation, dann sollten ein kurzer Krieg und der ihm zugrunde liegende Schlieffen-Plan eine industrielle Mobilmachung und damit auch das Bündnis mit der Industriearbeiterschaft umgehen (vgl. ebd., 159 ff.). Gegen diese »agrarische« Interpretation stand die Überzeugung führender Militärs wie Ludendorff, dass der Krieg die wirtschaftliche Mobilisierung und ein Zusammengehen mit der Industriearbeiterschaft zwingend erforderlich mache. Insofern radikalisierte der Krieg ein Leitmotiv des liberalen Imperialismus, dem Friedrich Naumann 1900 mit dem Motto »Sozialreform nach innen, die Macht nach außen« (Naumann 1964, 348) Ausdruck verliehen hatte.

Wie man vor diesem Hintergrund ab August 1914 in Deutschland wirtschaftliche Strukturen, Zusammenhänge und Veränderungen im Krieg erfuhr und deutete, welche Krisenmomente oder Handlungsmöglichkeiten sich daraus ergeben mochten, hing von je besonderen Umständen ab. Aber innerhalb der ersten Wochen wurde für jeden erkennbar, dass dieser Krieg auch ein Krieg der Wirtschaft und der Finanzen werden würde. Das aber verband militärische Front und Gesellschaft eng miteinander und führte zu neuen Gewinnern und Verlierern in der Heimat. Noch im September 1914 schrieb die Stettiner Hausbesitzerin Redepenning unter dem Eindruck der deutschen Siegesmeldungen an ihre Mietparteien und kommentierte die epochalen Ereignisse der vergangenen Wochen:

Die gewaltige Wendung, die durch die Gnade des Allmächtigen Gottes unsere durch seine Macht und Kraft

bewaffneten Truppen uns errungen haben, lassen uns in eine große gesegnete kommende Zeit blicken. Möchte unser Volk so viel Gnade nie vergessen, nie den alten Gott, der Staat und Volk vor allem Übel bewahrt. Ihre Wohnung kostet vom 1. Oktober ab 30 Mark mehr (zit. n. Johann 1968, 57).

Jenseits dieser Alltagserfahrung wurde der Blick auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Krieges von Anfang an ein Teil des intellektuellen Kulturkrieges. Der in Heidelberg lehrende liberale Theologe Ernst Troeltsch setzt in seiner Rede vom 2. August 1914 auf politisch-konstitutionelle Fortschritte und eine soziale Versöhnung im Zeichen des Krieges, die seit 1871 unvollkommen geblieben seien und alle Erfolge des jungen Nationalstaates stets ambivalent erscheinen ließen. Vor allem erkannte er in diesem modernen Krieg bereits zu diesem Zeitpunkt einen Widerspruch zwischen Rationalität, Planung, Sachverstand auf der einen und einem Einbruch des Irrationalen, Unberechenbaren auf der anderen Seite. Der Krieg stelle alle überkommenen bürgerlichen Sekuritätsversprechen, die auf Rationalität beruhenden sozialen und staatlichen Ordnungen aus dem 19. Jahrhundert und damit auch die Basis bürgerlicher Kultur radikal in Frage:

So zerbrechen auch uns heute alle rationellen Berechnungen. Alle Kurszettel und Kalkulationen, die Versicherungen und Zinsberechnungen, die Sicherstellungen gegen Unfälle und Überraschungen, der ganze kunstreiche Bau unserer Gesellschaft hat aufgehört, und über uns allen liegt das Ungeheure, das Unberechenbare, die Fülle des Möglichen (Troeltsch 1994, 10 ff.).

Das ist bei aller Zuspitzung von nationalen Selbstentwürfen und Feindbildern eine klarsichtige Analyse, und sie nimmt viele Aspekte der militärischen, politischen und sozialen Erfahrungsräume des Krieges, nicht zuletzt seiner Bedeutung als Ausgangspunkt für ganz neue Entwicklungen vorweg (vgl. ebd., 10 ff., 15 f., 17 f.).

Weist Troeltsch hier auf den Krieg als Umbruch eines gerade in Deutschland besonders stark entwickelten wirtschaftlichen Sicherheitsdenkens hin, betont der klassische Philologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, seit 1894 an der Berliner Universität und seit 1902 Präsident der Preussischen Akademie der Wissenschaften, dass in diesem Krieg Großbritannien den ideologischen Hauptfeind Deutschlands darstelle. In einer Rede vom 27. August 1914 unterstreicht er den britischen Neid auf Deutschlands wirtschaftliche und wissenschaftliche Erfolge. Hier deutet sich ein Leitmotiv der ökonomischen und der von hier aus abgeleiteten poli-

tisch-kulturellen Selbstdeutung an: Deutschland nämlich kämpfe im Wissen darum, dass der englische Krieg ein unehrlich ausgetragener Kampf einer von bloßem Materialismus geprägten Gesellschaft sei. England schicke nicht wie Frankreich »alle seine Söhne, sondern es schickt angeworbene Mannschaft[en]« (Wilamowitz-Moellendorff 1999, 23), ein Söldnerheer, das seiner Neigung zur Feigheit entspreche. Deshalb sei dort auch »der eigentlich treibende böse Geist« zu finden,

der diesen Krieg emporgerufen hat aus der Hölle, der Geist des Neides und der Geist der Heuchelei. Was gönnen sie uns nicht? Unsere Freiheit, unsere Selbständigkeit wollen sie untergraben, jenen Bau der Ordnung, der Gesittung und der freilich selbstbewußten Freiheit [...]. Wenn der englische Marineoffizier jetzt durch ein feines, schönes Glas hinausschaut, umschaut nach deutschen Kreuzern, so ärgert ihn [...], daß das Glas in Jena geschliffen sein wird, und die Kabel, die durch die Meere ziehen, sind zum größten Teil in Charlottenburg am Nonnendamm verfertigt. Die Güte der deutschen Arbeit wurmt ihn« (ebd., 23 ff.).

Der Münsteraner Soziologe und Ökonom Johann Plenge hielt noch 1914 eine Vortragsreihe *Der Krieg und die Volkswirtschaft*, die 1915 publiziert wurde. Darin leitet er die »Ideen von 1914« aus einer weltgeschichtlichen Auseinandersetzung mit dem historischen Geltungsanspruch des revolutionären Frankreich in der Tradition von 1789 ab (s. auch Kap. III.5). Hatten die französischen »Ideen von 1789« in einer universalgeschichtlichen Stufenfolge die bürgerliche und kapitalistische Ordnung hervorgebracht, so sei es nunmehr an Deutschland, mit den »Ideen von 1914« ein ganz neues politisches und soziales Ordnungsmodell durchzusetzen, das auf der »Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus« gründe. Darin bestand für ihn der epochale Umbruch der Gegenwart:

Seit 1789 hat es in der Welt keine solche Revolution gegeben wie die deutsche Revolution von 1914. Die Revolution des Aufbaus und des Zusammenschlusses aller staatlichen Kräfte im 20. Jahrhundert gegenüber der zerstörenden Befreiung im 19. Jahrhundert [...]. Zum zweiten Mal zieht ein Kaiser durch die Welt als der Führer eines Volkes mit dem ungeheuer weltbestimmenden Kraftgefühl der allerhöchsten Einheit. Und man darf behaupten, daß die »Ideen von 1914«, die Ideen der deutschen Organisation, zu einem so nachhaltigen Siegeszug über die Welt bestimmt sind, wie die »Ideen von 1789« (Plenge 1916, 82).

Dies schließt an Troeltschs Idee eines besonderen deutschen Freiheitsverständnisses an, das sich von französischer und englischer Demokratie unterscheidet, indem die »deutsche Freiheit« auf das über

dem einzelnen Individuum stehende Bekenntnis zur Gemeinschaft, auf eine aufgeklärte Bürokratie und vor allem auf die Effizienz der Organisation als Gegensatz zur überkommenen Klassengesellschaft hinziele (vgl. See 1975; Verhey 2004; Bruendel 2003).

Die frühe Mobilisierungskrise: Kriegswirtschaft als Handlungschance

Jenseits dieser Kriegsdeutungen, die den hohen Stellenwert des wirtschaftlichen Erfolges und des auf ihm basierenden Ordnungsdenkens des deutschen Bürgertums dokumentieren, zwang der Krieg sehr bald zu einschneidenden Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen aller beteiligten Gesellschaften. Dabei waren die ökonomischen Ausgangspositionen von Mittelmächten und Entente zu Beginn des Krieges 1914 sehr unterschiedlich. 1914 lebten in Großbritannien, Frankreich und Russland 259 Mio. Menschen, in Deutschland und Österreich-Ungarn nur 118 Mio. Die Entente war den Mittelmächten demographisch also 2,2-fach überlegen. Das Sozialprodukt lag 1,8-fach über dem der Mittelmächte. Allerdings lagen die Mittelmächte hinsichtlich des Sozialprodukts pro Kopf vor der Entente, was auf die relativ schwache Produktivität Russlands zurückzuführen war. Durch den Kriegaustritt Russlands und den Eintritt der Vereinigten Staaten 1917 verstärkte sich die wirtschaftliche Überlegenheit der Alliierten. Nur Großbritannien verzeichnete während des Krieges ein reales Wirtschaftswachstum, was vor allem auf die Tatsache zurückzuführen war, dass das Land keine direkten Kampfhandlungen auf eigenem Territorium zu erleiden hatte und von den globalen Ressourcen des Britischen Empire profitierte. Dagegen erlebte die französische Wirtschaft an der Jahreswende 1917/18 einen scharfen Einbruch, der das Land an den Rand des Zusammenbruchs führte. Nach der durch die britische Blockade verursachten Isolierung vom Weltmarkt konnten sich Deutschland und Österreich-Ungarn 1916 auf niedrigerem Niveau stabilisieren. Insgesamt entwickelte sich das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen Entente und Mittelmächten von 1,8:1 im ersten Kriegsjahr 1914 über 2,1:1 (1915 und 1916) bis auf 3,7:1 (1917) und 3,2:1 (1918), wobei hier der faktische Kollaps der französischen Wirtschaft zum Tragen kam (vgl. Broadberry/Harrison 2005, 7, 10 ff.; Burhop 2011, 192 ff.).

Die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges zeigten sich nach wenigen Wochen an zwei Entwicklungen. Zum einen kam es kurzfris-

tig zu einem extremen Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die wirtschaftlichen Turbulenzen des Kriegsausbruchs. In Deutschland stieg die Arbeitslosenquote von 2,7 Prozent im Juli 1914 auf 22,7 Prozent im September, in Österreich-Ungarn von 5 Prozent auf 18,3 Prozent im August, in Frankreich nach der Mobilmachung sogar auf 40 Prozent. Mit den fortgesetzten Massenrekrutierungen und der Umstellung der Friedens- auf die Kriegswirtschaft kehrte sich die Situation dann um: Arbeitskräfte wurden immer knapper, bis es zu einer sich verschärfenden Konkurrenz zwischen Militär und Industrie um die Arbeitskräfte kam (vgl. Ullmann 2004, 200, 226).

Der zweite wirtschaftliche Engpass betraf die Rohstoffversorgung in einem Krieg, der von Anfang an mehr Material verbrauchte als je vorgesehen worden war. Nirgendwo offenbarte sich das Versorgungsproblem eines Weltwirtschaftskrieges allerdings so frühzeitig wie in Deutschland. Wegen des Zweifrontenkrieges im Westen und Osten und vor allem der britischen Fernblockade sämtlicher Seehandelsrouten war es davon besonders betroffen. Das unterschied das deutsche Kaiserreich seit Herbst 1914 auch von Großbritannien, wo man zunächst auf ein politisches und wirtschaftliches *business as usual* setzte. Hier glaubten die meisten politischen und militärischen Führer zunächst an eine vom kontinentaleuropäischen Krieg weitgehend ungestörte Wirtschaftsordnung im Rahmen der durch die britische Flotte gesicherten weltweiten Verkehrs- und Handelswege. Nachdem die außerhalb Europas operierenden deutschen Marineverbände ausgeschaltet worden waren, konnte Großbritannien weitgehend ungehindert auf die Ressourcen des Britischen Empire zurückgreifen. Doch warnte der neue Kriegsminister Herbert Kitchener bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn vor der Illusion eines kurzen Krieges und skizzierte die Gefahr einer Nachschubkrise, die sich in ihrem ganzen Ausmaß aber erst Ende 1914 und dann vor allem ab dem Frühjahr 1915 zeigte, als die Versorgung der Artillerie mit ausreichenden Mengen an Munition nicht mehr gewährleistet war (vgl. Burke 1982, 35).

Mit der Berufung von David Lloyd George zum Rüstungsminister nach dem Schock der Munitionskrise an der Westfront, als im Frühjahr 1915 vor allem die Artillerie wegen unzureichender Kapazitäten in der britischen Munitionsindustrie nicht mehr genügend Munitionsnachschub erhielt, setzte auch in Großbritannien eine entscheidende Phase der Zentralisierung ein, die mit einem ganz neuen Verständnis der Exekutive im Verhältnis zur Kriegswirt-

schaft einherging. Doch weder hier noch in Frankreich erreichten die Maßnahmen die Intensität wie in Deutschland. Zwar litt Frankreich von Anfang an darunter, dass große Teile des wirtschaftlich wichtigen Nordens Kriegsgebiet waren und die französische Industrieproduktion davon erheblich betroffen war, doch waren die Außengrenzen und Häfen des Landes nicht blockiert. Auch hier wurde erst 1915 im Kontext von akuten Versorgungskrisen des Militärs ein eigenes Munitionsministerium unter Leitung des Sozialisten Albert Thomas gegründet (vgl. Zilch 2004, 787–800).

Die britische Blockade prägte daher die deutsche Wahrnehmung des Krieges als Wirtschaftskrieg von Anfang an, und sie verstärkte das antibritische Feindbild ganz erheblich. Ab März 1915 wurde sowohl der Schiffsverkehr zu den Häfen der Mittelmächte als auch der indirekte Handel über neutrale Häfen unterbunden. Deutschland wurde damit von überseeischen Importen abgeschnitten, nicht aber von den Importen aus europäischen Ländern. So gelangten schwedisches Eisenerz, Nickel aus Norwegen, Lebensmittel aus Dänemark und den Niederlanden sowie Erdöl aus Rumänien nach dessen Niederlage im Herbst 1916 nach Deutschland (vgl. Hardach 1973, 28–35; Burhop 2011, 197). Angesichts des quantitativ enormen Verbrauchs von Rüstungsgütern in kurzer Zeit wurde genau in dem Moment, in dem der Krieg die deutschen Handels- und Versorgungsrouten unterbrach, das Ausmaß der weltweiten Verflechtung zwischen Wirtschaftsräumen als besondere Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten erkennbar (vgl. French 1982; Ullmann 2004, 221).

Salpeter, der für die Herstellung von Munition und Artilleriesprengstoffen benötigt wurde, hatte Deutschland bisher vor allem aus Chile importiert. Obwohl in den Häfen von Hamburg, Antwerpen und Ostende zu Kriegsbeginn noch größere Vorräte beschlagnahmt werden konnten, überstieg der Verbrauch bald alle früheren Planungen. Hatten die Militärs zunächst mit einem Bedarf von 600 Tonnen Sprengstoff und 450 Tonnen Pulver pro Monat gerechnet, schätzte man im August 1915 allein den Monatsbedarf des Heeres auf 10 000 Tonnen. Das Hindenburg-Programm von 1916 ging schließlich von einem Monatsbedarf von 20 000 Tonnen aus. Darin waren weder die Bedürfnisse der Marine noch die des Verbündeten Österreich-Ungarn und auch nicht die der Landwirtschaft oder anderer Industriezweige berücksichtigt (vgl. Szöllösi-Janze 1998, 273 f.).

Diese exorbitante Steigerung des Verbrauchs rüstungswichtiger Rohstoffe führte in Deutschland bereits nach der Marne-Schlacht im Herbst 1914 zu Engpässen bei der Versorgung mit Munition. Dahinter wurde ein existenzielles Problem der deutschen Kriegführung erkennbar:

Blicken Sie um sich: Was uns umgibt, Gerät und Bauwerk, Mittel der Bekleidung und Ernährung, der Rüstung und des Verkehrs, alle enthalten fremdländische Beimengung. Denn die Wirtschaft der Völker ist unauflöslich verquickt; auf eisernen und auf wässernen Straßen strömt der Reichtum aller Zonen zusammen und vereinigt sich zum Dienst des Lebens. So bekommt der Begriff der Rohstoffversorgung seine Farbe, und diese Farbe tritt um so ernster hervor, wenn es sich um das Problem der Rüstung und der Verteidigung handelt (Rathenau 1925, 26 f.).

Walther Rathenaus Analyse der Situation und seine Erfahrungen führten ihn schnell in eine der neuen Schaltstellen der Kriegswirtschaft. Seine Biographie spiegelt aber auch die Widersprüchlichkeit von Juden und Wirtschaftsbürger im Kaiserreich wider. Rathenau identifiziert als Hauptproblem der Mittelmächte die geostrategische Lage mit ihren Konsequenzen für die Kriegswirtschaft:

Ja, wir grenzen freilich an drei Meere, wir mit unsern Verbündeten; aber was sind sie? Binnenseen. Die Ostsee, durch eine Meerenge nur geöffnet; die Nordsee abgesperrt durch den Kanal, durch die Orkney- und Shetland-Inseln; das Mittelmeer verriegelt durch die beiden Stützpunkte im Osten und im Westen. Und hinter diesen Binnenseen dehnt sich aus im Norden ein bedürftiges Land mit geringer Versorgung unentbehrlicher Stoffe; im Süden hinter dem Mittelmeerkessel ein Wüstenrand, durch den keine Bahnen und Verkehrsstraßen nach den Produktionszentren der Welt führen (ebd.).

Wenige Tage nach Kriegsausbruch überzeugte er den preußischen Kriegsminister Falkenhayn von der Notwendigkeit, der Krise der deutschen Rohstoffversorgung durch eine neue Organisation zu begegnen. Am 13. August nahm die neu gegründete Kriegsrohstoffabteilung ihre Arbeit auf, und Rathenau wurde ihr energischer Abteilungsleiter im Range eines Generals – ein symptomatischer Auftakt für den kriegswirtschaftlichen Einfluss des Militärs in Deutschland. Mit dem Aufbau der Kriegsrohstoffabteilung erwarb sich Rathenau in den Worten seiner Kollegen schnell den Ruf eines »wirtschaftlichen Generalstabschefs hinter der Front« (zit. n. Gall 2009, 184). Doch schon im März 1915 gab er das Amt auf, wohl auch aus Enttäuschung darüber, dass nicht er, sondern Karl Helfferich zum neuen Finanzstaatssekretär berufen wurde, und nicht zuletzt angesichts wachsender Anfeindungen gegen ihn als Zivilisten

und Juden, dem man vorwarf, von den Direktiven der Behörde in seinem eigenen Industrieunternehmen zu profitieren (vgl. ebd., 186 f.).

1867 als Sohn des deutsch-jüdischen Industriellen Emil Rathenau geboren, war er früh mit der Dynamik der deutschen Industrieentwicklung des späten 19. Jahrhunderts vertraut geworden und schon von daher für die neue Aufgabe prädestiniert. Sein Vater hatte 1883 die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft AEG gegründet, die nach Siemens & Halske den deutschen Erfolg in der zweiten Industrialisierung der Elektro- und Chemieindustrie symbolisierte. Walther Rathenau begann trotz vielfältiger literarischer und künstlerischer Interessen nach einem naturwissenschaftlich-technischen Studium in der Wirtschaft, wo er sich früh für Syndikate, Kartelle und Unternehmensfusionen als neue wirtschaftliche Organisationsformen und Krisenstrategie interessierte. In die neue Funktion brachte er vor allem ein Gespür für die Möglichkeiten effizienter Organisation, der Konzentration von Wirtschaftskraft und der weltweiten Verflechtung von Rohstoffmärkten, Arbeitskraft, Wissen und Finanzen mit. Vor 1914 wünschte er sich, Deutschland könne auf diesem Weg weltwirtschaftlicher Verflechtung seine zunehmende außenpolitische Isolierung überwinden. Den Krieg lehnte er mit Argumenten ab, die in ihrem Appell an ökonomische Gegebenheiten und Fortschrittsmöglichkeiten an Bloch und Angell erinnerten. Entscheidend seien, so Rathenau, nicht Probleme der Macht und imperialen Expansion, sondern »Fragen der Wirtschaft. Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik«. Davon sei nicht der Weltfriede zu erwarten, aber doch »Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation« (zit. n. Gall 2009, 177).

Doch Rathenau begriff die ökonomischen Chancen seiner Gegenwart stets als Auftakt zu einer viel weitergehenden Transformation, die nicht in einen inhaltsleeren Materialismus münden dürfe. In seinen 1912 und 1913 erschienenen Büchern, darunter *Zur Mechanik des Geistes*, setzt er seine Hoffnungen auf ein erneuertes Bürgertum in Politik, Wirtschaft und Kultur. Obwohl diese Hoffnungen zunächst durch den Ausbruch des Krieges zerstört wurden, bot der Krieg doch auch neue Handlungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Daraus ergab sich eine besondere Ambivalenz: Einerseits betont Rathenau, wie »innerlich notwendig« dieser Krieg sei, weil er von ihm den Durchbruch eines neuen Bürgertums erwartete: »Wie löst sich das Alte, Unerträg-

liche in neuer Hoffnung« (zit. n. ebd., 178). Doch andererseits sah er den Krieg, anders als die überwiegende Mehrheit des deutschen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums, als ein Verhängnis an, und sein Pessimismus über den Ausgang steigerte sich von Jahr zu Jahr. Seine Positionswechsel und Widersprüche reflektieren die Möglichkeiten und Zwänge, die sich aus der deutschen Kriegswirtschaft ergaben.

Dass er zu Beginn des Krieges »nicht an unser Recht zur endgültigen Weltbestimmung« (zit. n. ebd., 175 f.) glaubte, bewahrte Rathenau nicht davor, eine mitteleuropäische Zollunion mit Österreich-Ungarn zu favorisieren und 1915 den Plan zu verfolgen, durch umfassende Eroberungen Russland in ein antibrütisches Bündnis zu zwingen. Auch setzte er sich mit zunehmender Dauer des Krieges für eine rücksichtslose Mobilisierung der Heimatfront ein und forderte dazu auch den Einsatz belgischer Zwangsarbeiter. Zugleich wandte er sich gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg. Auch in der Situation des Kriegsendes blieb die Ambivalenz erhalten: Anfang Oktober 1918 rief er nach dem Waffenstillstandsgebot zum Volkskrieg gegen die Alliierten auf und setzte sich dann schließlich für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und eine konsequente Parlamentarisierung Deutschlands ein (vgl. Sabrow 2004, 786 f.; Thiel 1932, 260).

Aus dem 1914 so bezeichneten »Rohmaterialamt« wurde innerhalb kurzer Zeit eine erfolgreiche Wirtschaftsorganisation (vgl. Goebel 1930; Feldman 1985). Seine Vision der Kriegswirtschaft formulierte Rathenau, als er hinter der Idylle des Gartens im Kriegsministerium einen Schornstein erkannte, der

auf das Riesengebiet der deutschen Wirtschaft [deutete,] das sich jenseits ausbreitete bis zu unsern flammenden Grenzen. Dieses Gebiet der donnernden Bahnen, der rauchenden Essen, der glühenden Hochöfen, der tausenden Spindeln, dieses unermessliche Wirtschaftsgebiet dehnte sich vor dem geistigen Auge, und uns war die Aufgabe gestellt, diese Welt, diese webende und strebende Welt zusammenzufassen, sie dem Kriege dienstbar zu machen, ihr einen einheitlichen Willen aufzuzwingen und ihre titanischen Kräfte zur Abwehr zu wecken (Rathenau 1925, 29).

Mit Sonderbefugnissen ausgestattet, wuchs die Kriegsrohstoffabteilung schnell zu einer Zentralbehörde an, die 1914 aus drei und bei Kriegsende aus bis zu 2500 Mitarbeitern bestand. Im Spätjahr 1914/15 wurden in Anlehnung an Syndikate und Kartelle einzelne Kriegsrohstoffgesellschaften zur Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen gegründet, zum Beispiel eine Kriegsmetall AG oder eine Kriegswollbedarf AG. Kennzeichnend war dabei die Verbindung

von staatlich-behördlicher Aufsicht und privatwirtschaftlichem Charakter: Äußerlich Aktiengesellschaften und ergänzt um Beamte oder Mitglieder von Handelskammern wurde hier ein neues Organisationsmodell der Wirtschaft erkennbar, das auch noch Albert Speer als Rüstungsminister im Zweiten Weltkrieg als Vorbild diente (vgl. Roth 1997; Gall 2009).

Doch in der Praxis kam es zu erheblichen Kompetenzkonflikten. Zu einer zentralen Lenkungsstelle wurde die Kriegsrohstoffabteilung nicht, weil sich durch die Vielzahl von Beschaffungsinstitutionen des Militärs, der Kommunen und einzelner Unternehmen eine polykratische Struktur herausbildete, während gleichzeitig die Aufgaben dieser Behörde neuen Stils in kurzer Zeit enorm zunahmen: Dazu gehörte auch die Festsetzung von Höchstpreisen, wobei entsprechende Verordnungen zu Eisen und Stahl 1917 unter Verweis auf militärische Notwendigkeiten umgangen wurden, so dass es zu massiven Preissteigerungen kam, die das Haushaltsdefizit noch vergrößerten.

Als erfolgreich erwies sich dagegen die von der Kriegsrohstoffabteilung forcierte Produktion von Ersatzstoffen. Das Haber-Bosch-Verfahren zur industriellen Herstellung von flüssigem Ammoniak aus Sauerstoff und Stickstoff, von Fritz Haber und Carl Bosch in enger Kooperation mit der BASF bereits vor dem Krieg auf den Weg gebracht, stand in diesem Kontext sowie auch das Frank-Caro-Verfahren zur Kalkstickstoffsynthese. Mit der vom Kriegsministerium geförderten Produktion von Ammoniumnitrat und Salpetersäure aus Ammoniak stand bald nach Kriegsbeginn ein Ersatzstoff für den zur Sprengstoffherstellung dringend benötigten Salpeter zur Verfügung. Als die Rüstungswirtschaft 1916 im Rahmen des Hindenburg-Programms mit einem zentralen Kriegsamt neu geordnet wurde, hatte die Kriegsrohstoffabteilung seit August 1914 entscheidende strukturelle Veränderungen in der deutschen Kriegswirtschaft durchgesetzt – auch wenn ihre Wirksamkeit durch die zunehmende Zahl von Behörden und konkurrierende Kompetenzen eingeschränkt wurde (vgl. Zilch 2004, 799 f.).

»Gemeinwirtschaft« und »organisierter Kapitalismus«: Die Deutung der Kriegsökonomie zwischen Neuordnungskonzepten und radikalisierten Feindbildern

Seit Kriegsbeginn fragten sich aufmerksame Zeitgenossen, was dieses neue Verhältnis zwischen den Wirtschaftsakteuren und dem Kriegsstaat bedeutete

und ob sich hier nicht eine spezifisch deutsche Antwort auf die Integrationsprobleme moderner Industriegesellschaften abzeichnete – zwar unter den besonders erschwerten Bedingungen eines immer tiefer den Alltag der Menschen eindringenden Weltwirtschaftskrieges, aber doch mit Tendenzen, von denen man hoffen konnte, dass sie über den Krieg hinausweisen würden. Nach den ersten Monaten des Krieges rückte die industrielle Kriegführung mit der staatlich organisierten Mobilisierung und Zentralisierung aller Ressourcen ins Zentrum. Damit traten Gemeinschaftsvorstellungen in den Vordergrund, die über den eher situativen Burgfrieden von 1914 hinausweisen mussten, um auch bei noch so hohen Opferzahlen glaubwürdig zu bleiben. Den politischen Status quo der Industriearbeiter nur fortzuschreiben, würde nicht ausreichen, wenn die Verbindung von militärischer und industrieller Front gelingen sollte. Doch zeigte sich gerade 1914/15, dass es, anders als in Frankreich und Großbritannien, in Deutschland nicht zu substantiellen politischen oder sozialen Zugeständnissen kam. Reichskanzler Bethmann Hollweg setzte sich zwar für eine »weitsichtige Sozialpolitik« ein, forderte aber zugleich die »Reform der Sozialdemokratie nach der nationalen und monarchischen Seite« (zit. n. Mai 1993, 173 ff.; vgl. Mühlhausen 1994, 649–671).

Schon im Laufe des Jahres 1915 zeichnete sich in Grundrissen eine Kriegsgesellschaft ab, in der die Rollen von sozialen Gewinnern und Verlierern neu verteilt wurden. In einem Krieg, der nicht nur militärisch, sondern auch industriell bewältigt werden musste, gewannen kriegsrelevante Industrien und ihre Arbeitskräfte rasch an Bedeutung. Während diese ökonomisch profitierten, sanken die Realeinkommen in der Landwirtschaft sowie im bürgerlichen Mittelstand, vor allem bei höheren Angestellten und Beamten, die in nicht unmittelbar kriegsnotwendigen Bereichen arbeiteten. Wo es immer weniger um hergebrachte Kriterien wie Besitz und Bildung ging, sondern um spezifische Funktionen innerhalb der Kriegsökonomie, waren Konflikte unvermeidbar. Nicht zufällig bündelten sich diese Probleme in der Ernährungsfrage, hinter der die Fragen nach der gerechten Lastenverteilung und nach der Fähigkeit des Kriegsstaates standen, diese überzeugend zu organisieren. Das um sich greifende Feindbild der »Kriegsgewinnler« und »Profiteure« verband auch in Deutschland militärische und Heimatfront miteinander.

Diese Hintergründe sind wichtig, um die neuen Begriffe zu verstehen, mit denen man den radikalen

Erfahrungswandel zu deuten und zugleich die künftige Entwicklung programmatisch zu fassen versuchte. Auch hier entwickelte sich eine neue Sprache wirtschaftlich-sozialer Ordnungsmodelle, mit denen man zumal in Deutschland den durch den Krieg erzwungenen Wandel in eine Fortschrittsidee übersetzen wollte. Als Walther Rathenau und sein Nachfolger Wichard von Moellendorff die Begriffe ›Neue Wirtschaft‹ und ›Gemeinwirtschaft‹ prägten, unterstrichen sie damit, dass der industrielle Massenkrieg zu einem sozialkorporativen Interessenausgleich führen und damit die überkommene Definition von Klassenloyalitäten überwinden musste. Dass ›Gemeinwirtschaft‹ und ›Kriegssozialismus‹ von vielen zustimmend oder ablehnend, aber jedenfalls zunehmend synonym verwendet wurden, unterstreicht den Zusammenhang zwischen nationaler Integration, ökonomischer Mobilisierung und sozialer Partizipation. Konservative Nationalökonominnen gingen so weit, aus der im Krieg praktizierten Gemeinwirtschaft eine »Volksgenossenschaft eines nationalen Arbeitsstaats aus der nationalen Kriegswirtschaft« abzuleiten (Krüger 1983, 127; vgl. auch Mai 1995, 165).

Auch der Begriff ›Volksgemeinschaft‹ stand in diesem Zusammenhang. Um 1870 bei Antisemiten wie Zionisten zum ersten Mal verwandt und um 1900 zunächst von der Jugendbewegung, dann von völkischen und militärischen Gruppen aufgenommen, verwies seine Verwendung seit 1914 auf die klassen- und konfessionsübergreifende Mobilisierung aller gesellschaftlichen und industriellen Kräfte im Zeichen der Verteidigung des Nationalstaats von 1871 (vgl. Mai 1994, 583–602). Die idealisierte klassenlose Volksnation versprach eine gleichberechtigte Integration aller nationalen Außenseiter. Das erklärte, warum ›Volksgemeinschaft‹ gerade in diesen Gruppen, in der Sozialdemokratie, im katholischen Zentrum und von vielen Juden, aufgenommen und gegen den exklusiven Nationsbegriff der Konservativen eingesetzt wurde. Nation und Sozialismus schienen sich hier einander anzunähern, doch war dies nur möglich durch einen starken Kriegsstaat, dem als neutraler Institution oberhalb von Parteien, Interessengruppen und Schichten die Aufgabe einer gerechten Verteilung von Gütern zukommen sollte. Max Scheler resümierte 1915: »Eine erste Erkenntnis, die der Krieg möglich macht, und die an die Form der ›Kriegserfahrung‹ in ihrer vollen Fülle geradezu gebunden ist, ist die Erkenntnis der Realität der Nation als geistige Gesamtperson.« Die Nation, im Frieden »für ihre Glieder mehr ein symbolischer Begriff«, werde jetzt »für das geistige Auge

wahrhaft sichtbar und greifbar« (Scheler 1915, 119f.; vgl. Koselleck u. a. 1992, 391).

Aber nicht nur von Sozialphilosophen und Experten der Kriegswirtschaft wurden neue Konzepte formuliert. Der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding entwickelte 1915 den Begriff des ›organisierten Kapitalismus‹. Ausgehend von seiner Kritik an der Strategie der SPD, die wie bereits vor dem Krieg, so auch seit August 1914 in erster Linie auf sozialpolitische Fortschritte zu setzen und die Frage der politischen Teilhabe zu vernachlässigen schien, ging es ihm darum aufzuzeigen, wie sich durch den Krieg eine neuartige Wirtschaftsverfassung herausbildete. Auf eine hochentwickelte Industriegesellschaft wie die Deutschlands passte danach die Vorstellung eines revolutionären Zusammenbruchs des Kapitalismus nicht mehr. Das Proletariat habe sich sehr flexibel in diesem Kapitalismus eingerichtet, in dem sich die Lebensbedingungen für die Industriearbeiter durch die Politik der SPD und der Gewerkschaften stetig verbessert hätten. Gerade das seit den 1890er Jahren immer mehr dominierende Finanzkapital stehe für eine »Umwandlung der anarchisch-kapitalistischen in eine organisiert-kapitalistische Wirtschaftsordnung« (Hilferding 1982, 66), die mit den Vorstellungen der Massenverelendung nicht mehr übereinstimmt. Die durch den Krieg beschleunigte und vom Staat organisierte Bildung von Monopolen und Oligopolen verstärkte diese Tendenz noch. Hilferding schlussfolgerte, dass die künftige Entwicklung der Gesellschaft weniger in einer revolutionären Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus bestehe, sondern in einer evolutionären Weiterentwicklung des Kapitalismus, wie dies in der Kriegswirtschaft exemplarisch zu erkennen sei. Er kritisierte aber die zutiefst undemokratische Organisation dieses Prozesses, in dem sich die Arbeiter den Wirtschaftsmonopolen und staatlichen Institutionen unterordneten, während SPD und Gewerkschaften diesen Kurs unterstützten (vgl. ebd., 63–76; Wendt 1974, 117–149). An die Stelle der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch den Sozialismus trete »die den unmittelbaren materiellen Bedürfnissen der Massen besser als bisher angepasste Gesellschaft des organisierten Kapitalismus« (Hilferding 1982, 66f.). Aus der Sicht des Staates würden mit dieser Politik der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung zugleich die Machtverhältnisse der Klassen konserviert und eine tiefgreifende Revolution unwahrscheinlich. Dagegen forderte Hilferding, die Sozialisten müssten die durch den Krieg geschaffenen Voraussetzungen für die Durchsetzung des

Sozialismus nutzen und mit dem Staat zusammen eine demokratische Wirtschaftsordnung etablieren. Die sich jetzt abzeichnende Alternative zwischen dem ›organisierten Staatskapitalismus‹ oder dem ›demokratischen Sozialismus‹ bedeutete für Hilferding, dass die SPD ihre bisherige Opportunitätsstrategie aufgeben müsse. Wo sich durch den Krieg eine Veränderung der Wirtschaftsordnung im Sinne des organisierten Kapitalismus abzeichnete, war für ihn die politische Teilhabe entscheidend. Genau hier aber differierte seine Argumentation von der Position der SPD-Führer, die sich sozialpolitische Verbesserungen auch im monarchischen Staat vorstellen konnten.

Die andere Seite der Diskussion um ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft im Zeichen der Kriegsökonomie war die Wendung gegen vermeintliche Spekulanten und Kriegsprofiteure – mit zunehmend antisemitischen Konnotationen – sowie die Zuspitzung des antibritischen Feindbildes. Im Zeichen der neuen ideologischen Konzepte wie Gemeinwirtschaft oder Kriegssozialismus erschien die britische Kriegführung wie die Fortsetzung eines unehrlichen Kapitalismus, in dem die eigenen Kriegsoffer wenn möglich verhindert wurden – dem entspräche das angekaufte Söldnerheer im Gegensatz zur deutschen Nation in Waffen. Schon im Oktober 1914 hatte Wilhelm Dibelius in seiner Schrift *England und wir* betont, die englischen Imperialisten und Unternehmer hätten das einfache englische Volk verführt. Nicht gegen das englische Volk führe man Krieg, der Gegner sei vielmehr ein »niedriger Krämergeist« und die puritanische Heuchelei (Dibelius 1914, 3, 8).

Hatte Dibelius immerhin noch auf dieser Unterscheidung bestanden, radikalisierten Werner Sombart und Max Scheler 1915 diese Feindbilder. Eine Unterscheidung zwischen Eliten und Volk ließ dies nicht mehr zu. An ihre Stelle trat ein Manichäismus kultureller Unterschiedlichkeit, der jede Verbindung von vornherein negierte. In seinem Buch über *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen* von 1915 operierte Sombart geschickt mit den Stereotypen kleinlich-geiziger *shopkeeper* in England und heroischer deutscher Individuen, die den Kampf als Testfall der historischen Auslese begriffen und annähmen. Für Sombart bedeutete der Krieg einen gewaltsamen Kampf der Prinzipien: Englischer Materialismus und Komfort standen gegen die Fähigkeit der Deutschen, in einer Situation über sich hinauszuwachsen und die Gesinnung des Einzelnen fortzuentwickeln. Der Krieg offenbarte diesen Gegensatz,

indem die deutschen Soldaten als Verkörperungen von Goethes Klassizität und Nietzsches heroischem Menschen gegen die angekauften Söldner Englands als Verteidiger der englischen Krankheit, der völligen Kommerzialisierung und moralischen Degeneration aller Werte, kämpften (vgl. Sombart 1915, 34, 64, 108, 138). Scheler schließlich unterscheidet zwischen dem an materiellen Werten orientierten Utilitarismus der Engländer, den er mit Nützlichkeit, Pragmatismus und Diskretion identifiziert, und den Werten der deutschen Kriegsnation, die sich durch Mut, die Bereitschaft, sich existenziellen Gefahren auszusetzen, Ritterlichkeit, Loyalität und Opferbereitschaft, Ehre und Ruhm auszeichnen (vgl. Mommsen 1996, 229).

Was zeigt diese anhaltende Flut von Selbstvergewisserungen und ideologischen Abgrenzungen? Wenn sich hier ein Leitmotiv konfiguriert, dann liegt es in der besonderen Auseinandersetzung mit Deutschland, hinter der sich eine Konkurrenz unterschiedlicher Fortschrittsvorstellungen abzeichnet. Das macht die Kriegsbegründungen zugleich zu Debatten um Modernitätsansprüche, und es legt im Blick auf das Kaiserreich eine Ungleichzeitigkeit von historischen Entwicklungsprozessen offen. Ob in der Selbstdefinition deutscher Autoren, die vor dem Hintergrund von Kriegskorporatismus, Gemeinwirtschaft und Kriegssozialismus die Abkehr vom britischen Kapitalismus betont, in der Kritik französischer und britischer Autoren am deutschen Machtstaatsideal oder in der von ihnen wahrgenommenen Ambivalenz von kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen und einem Militarismus, der im Krieg die Enthemmung jeglicher Gewalt bedeutet: Das Janusgesicht dieses deutschen Nationalstaats als Kulturträger und als effiziente Kriegsmaschine, das Nebeneinander von Modernität und Fortschritt sowie Barbarei und Rechtsbruch, bildet einen entscheidenden Referenzpunkt zahlloser Kriegsschriften, egal ob darin Deutschland verteidigt oder verurteilt wird. Das geht weit über Europa hinaus.

Der amerikanische Soziologe Thorstein Veblen bringt dieses Nebeneinander von Modernität der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung und Rückständigkeit der politisch-konstitutionellen Strukturen in seinem Buch *Germany and the Industrial Revolution* von 1915 auf den Punkt. Das Land habe von Großbritannien die Industrialisierung gelernt und vor 1914 das Vorbild fast überholt. Aber Deutschland fehle die positive Erfahrung einer politischen Revolution, um sich Freiheitsrechte zu erkämpfen. Aus dieser Konstellation erklärt Veblen die

Sonderstellung agrarischer Eliten wie der ostelbischen Junker und die des Militärs als einen extra-konstitutionellen Machtfaktor. Als Repräsentant der amerikanischen *progressive era* befürwortet er daher schon früh einen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, weil die angloamerikanische Welt nur so das Modell von Demokratie und Selbstbestimmung gegen die archaische Kombination aus Kriegsstaat und Autoritarismus durchsetzen könne, für die Deutschland in diesem Krieg stehe (vgl. Winkler 2011, 31 f.).

Mangel, Hunger und Zwang: Die Kriegswirtschaft im totalisierten Krieg zwischen Mobilisierungsutopien und Herrschaftserosion

Die Praxis der Kriegswirtschaft, die tägliche Erfahrung, stand für die meisten Menschen im Widerspruch zu diesen Projektionen und Idealisierungen. Das war schon 1915 erkennbar, sollte sich aber ab 1916 immer mehr zuspitzen. Zwar griff der Kriegsstaat auf die Semantik der ›Volksgemeinschaft‹ zurück, um die immer neuen Anstrengungen zu rechtfertigen, aber gerade in Deutschland wurden die damit verbundenen Partizipationsversprechen bis in die zugespitzte Krisenphase 1917/18 nicht eingelöst.

Anders als in Großbritannien und Frankreich wiesen die Bedingungen des Burgfriedens dem Militär in Deutschland seit Beginn des Krieges eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft und Kriegswirtschaft zu. Aber im Gegensatz zu den Entwicklungen in Frankreich und Großbritannien wurde die Bereitschaft der SPD und der Gewerkschaften, sich dem innenpolitischen Kriegskommiss unterzuordnen, zunächst allenfalls symbolisch honoriert. Von der Aufnahme von SPD-Politikern oder Gewerkschaftlern in die Regierung war man in Deutschland auch 1915 noch weit entfernt. Dass die SPD und die Gewerkschaften den Burgfrieden dennoch unterstützten, hatte viel mit der Angst zu tun, sich dem Vorwurf eines unpatriotischen Verhaltens auszusetzen – ein Reflex auf die Stigmatisierung als ›innerer Reichsfeind‹ im Kaiserreich nach 1871, der auch hinter der Zustimmung zu den Kriegskrediten im Sommer 1914 gestanden hatte. Doch verstärkte diese Tendenz, die eigene nationale Loyalität immer neu unter Beweis zu stellen, die innerparteilichen Konflikte, wie sich im Laufe des Jahres 1915 zeigte (vgl. Wehler 2003, 45 ff.).

Die deutsche Kriegswirtschaft war wie in den anderen Kriegsgesellschaften dadurch charakterisiert,

dass die bei Kriegsbeginn stark ansteigende Arbeitslosigkeit seit Ende 1914 von einer stark ansteigenden Nachfrage nach Arbeitskräften abgelöst wurde. Armee und Industrie begannen nun, um verfügbare Arbeitskräfte zu konkurrieren. Diese Situation wurde durch die starke administrative Dezentralisierung im Rahmen der stellvertretenden Generalkommandos und ziviler Verwaltungsstellen in Deutschland noch erheblich verkompliziert. Jedenfalls widersprach diese ausgesprochene Polykratie von Akteuren und zum Teil konkurrierender Zuständigkeiten dem Bild eines wohlgeordneten und rational-bürokratischen Staates, der auf einen längeren Krieg gut vorbereitet war. Im Gegenteil entwickelte sich ein System mit vielen improvisierten Entscheidungen, das den enormen und in diesem Ausmaß unbekannten Belastungen kaum gewachsen war.

Besonders deutlich zeigte sich dies schon nach wenigen Monaten in der Frage der Arbeitskräfte: Während das Militär möglichst alle Soldaten einziehen wollte, die kriegsverwendungsfähig waren, suchten die Unternehmer ihre Facharbeiter zu behalten, ohne die sie die explosionsartig ansteigenden Rüstungsaufträge nicht glauben bewältigen zu können. Bis Ende 1915 kam es zu schwierigen Kompromissen zwischen Kriegsministerium, Zivilbehörden und Unternehmen, die ihre Interessen im neugegründeten Dachverband des Kriegsausschusses der deutschen Industrie vertreten ließen, so dass 600 000 kriegsverwendungsfähige Rekruten, etwa 20 Prozent der Rüstungsarbeiterschaft, vom Frontdienst freigestellt wurden. Diese Zahl stieg bis Herbst 1916 auf 1,2 Millionen und 1917 auf 1,7 Millionen und blieb dennoch zu gering, um die enorm gestiegene Produktion zu sichern. Wie in den anderen Kriegsgesellschaften wurde diese Lücke vor allem durch Frauenarbeit, den Einsatz von Jugendlichen sowie langfristig durch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter geschlossen (vgl. ebd.; Cornelißen 2004, 857 ff.). Der enge Zusammenhang zwischen Kriegswirtschaft und Besatzungsregime zeigte sich vor allem in Russisch-Polen und Belgien, von wo aus zahlreiche Männer zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurden (vgl. Herbert 1984, 285–304; Feldman 1985, 75; Mommsen 2002, 80 f.).

Anders als in Großbritannien und Frankreich hatte sich die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands – 43 Prozent der deutschen Importe waren bis zum Beginn der britischen Fernblockade Rohstoffe gewesen – bereits in den ersten Kriegswochen gezeigt und mit der staatlichen Kriegsrohstoffbewirtschaftung unter Rathenau und den immer zahlreicheren

Kriegsgesellschaften ein vielschichtiges und immer weniger transparentes Geflecht von Institutionen hervorgebracht (Rohlack 2001). Vertreter von Unternehmen hatten je nach Branche sehr gute Ausgangsbedingungen, um ihre Interessen durchzusetzen, und konnten auf bewährte Methoden ihrer Interessenvertretung zurückgreifen. Aber obwohl sich die Kriegsgesellschaften von ihnen nicht ohne weiteres instrumentalisieren ließen, konnten sie keine wirklich eigenständige Politik zwischen Staat und Wirtschaft durchsetzen. Eher wirkten sie als Instrument, um staatliche, und das hieß primär militärische, Vorgaben durchzusetzen. Am ehesten fungierten die militärischen Instanzen als Schaltstelle der Kriegswirtschaft. Doch auch ihre Machtfülle und ihr Autoritätsvorschuss änderten nichts daran, dass viele Entscheidungsprozesse inkremental blieben und keinesfalls dem Ideal eines ›Durchregierens‹ entsprachen. Konflikte innerhalb der eigenen Reihen, mit Vertretern der Wirtschaft sowie mit zivilen Stellen waren an der Tagesordnung (vgl. Roth 1997, 420 f.).

In der Praxis der deutschen Kriegswirtschaft offenbarte sich mit zunehmender Dauer des Krieges eine immer größere Spannung zwischen programmatischen Annahmen und Planungen auf der einen und konkreten Krisenerfahrungen sowie dem Zwang zur Improvisation auf der anderen Seite. Die Kriegsrohstoffgesellschaften konzentrierten sich auf kriegsrelevante Industrien, deren Beschäftigtenzahl um 44 Prozent zunahm, während Konsumgüterindustrien, etwa der Textil- und Nahrungsmittelbereich, aber auch das Handwerk und Kleingewerbe unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft litten. Insbesondere Klein- und Mittelbetriebe wurden bei der Zuteilung von Rohstoffen benachteiligt. Zwar kam es in der deutschen Kriegswirtschaft zu einer charakteristischen Mischung aus privatwirtschaftlichen und bürokratisch-dirigistischen Elementen. Aber die zeitgenössische Beschreibung als ›Kriegssozialismus‹, hinter der die Hoffnung auf eine bessere Integration von Kapital und Arbeit stand, war irreführend, da der Planungsanteil staatlicher Stellen letztlich begrenzt blieb. In der Praxis bildete sich keine staatssozialistische ›Gemeinwirtschaft‹ aus, die Rathenau 1916 in seinem Buch *Von kommenden Dingen* als zukunftsweisendes Modell beschrieb. Eher ließ sich beobachten, wie die Unternehmer ihre Interessen durch einen effizienten Lobbyismus durchsetzen konnten, während das Reichsschatzministerium unter Karl Helfferich auf weitgehende Zurückhaltung setzte (vgl. Michalka 1994, 485–505; Krüger 1994, 506–529; Mommsen 2002, 82 f.).

Insbesondere der Kriegsausschuss der deutschen Industrie gewann deutlich größeren Einfluss auf die Kriegswirtschaft als die staatlichen Stellen, so sehr man sich hier auch bemühte, durch immer neue Organisationen die Vergabe von Aufträgen zu zentralisieren, so im September 1915 durch die Einrichtung einer Zentraleinkaufsgesellschaft als Monopolstelle für den Import von Lebensmitteln und 1916 schließlich durch die Gründung eines Kriegsernährungsamtes (vgl. Burhop 2011, 201). Aber diese bürokratischen Maßnahmen änderten nichts an der Grundkonstellation: Das letztlich nicht regulierte Verhältnis zwischen begrenztem Angebot und enormer Nachfrage erlaubte zum Teil erhebliche Gewinnmargen für die kriegswirtschaftlichen Industrien, auch wenn die Ermittlung von Kriegsgewinnen schwierig ist, zumal wenn man Inflation, Abschreibungen und Investitionen berücksichtigt (vgl. Burchardt 1987, 71–123; Baten/Schulz 2005, 35–56).

Der Unterschied zwischen Friedens- und Kriegswirtschaft trat mit zunehmender Dauer des Krieges immer stärker hervor. Viele exportorientierte Unternehmen verloren durch die Blockade innerhalb kurzer Zeit ihre Absatzmärkte, und nicht allen gelang es, dies so erfolgreich durch neue kriegsbedingte Aufträge zu kompensieren wie dem Chemiekonzern Bayer Leverkusen, der bisher 85 Prozent seiner Produkte exportiert hatte, nun aber von der Entwicklung neuer Ersatzstoffe wie im Haber-Bosch-Verfahren profitierte und damit die Ausfälle ausgleichen konnte. Der enorme Aufschwung kriegswichtiger Industriezweige konnte insgesamt das Absinken der deutschen Industrieproduktion im Verlauf des Krieges um nicht weniger als 40 Prozent nicht verhindern. Dazu trugen vor allem die immer massiveren Mängel in der Versorgung mit Rohstoffen und Brennstoffen, der Mangel an Arbeitskräften und die sinkende Produktivität durch den Einsatz ungelernerter und seit 1916 zunehmend unterernährter Arbeitskräfte bei (vgl. Wehler 2003, 50).

Vergleichbar der Entwicklung in den anderen Ländern, zogen bereits 1915 in Deutschland die Preise für Rüstungsmaterial durch die große Zunahme staatlicher Aufträge erheblich an. Auf die stark dezentralisierte Auftragsvergabe mit nicht weniger als 40 verschiedenen Beschaffungsstellen reagierte Anfang des Jahres 1915 die Politik, indem das Kriegsministerium versuchte, die Beschaffungen zu zentralisieren, und den Zwischenhandel untersagte, um die Preisentwicklung in den Griff zu bekommen. Insgesamt entwickelte sich ein System, in dem die

militärischen Behörden die Versorgung und Beschaffung der Rohstoffe und Arbeitskräfte sicherstellten, während Eingriffe in Gewinne der Rüstungsindustrien bis Sommer 1917 ausblieben. Das stand in deutlichem Gegensatz zur Politik von Lloyd George und seinem Ministerium in Großbritannien, der mit der Besteuerung der Gewinne in der Rüstungsindustrie bereits seit 1915 auch den Gewerkschaften gegenüber ein politisches Zeichen setzte (ebd., 52 f.).

Gemessen an den Gewinnen der kriegsrelevanten Industrien, die vor allem aus der Bevorzugung durch die Militärbehörden resultierten, blieben die sozialpolitischen Maßnahmen bescheiden. Indem viele Unternehmer der kriegsrelevanten Industrien einen Teil der Risiken und Entwicklungskosten auf die gesamte Kriegsgesellschaft abwälzen konnten, wurde die gerechte Verteilung der Kriegslasten zum Anlass für politische Auseinandersetzungen. Gleich zu Beginn des Krieges hatten die freien Gewerkschaften erklärt, während des Krieges auf Streiks und andere Maßnahmen zur Erzwingung höherer Löhne zu verzichten. Aber auch mit solchen Vorleistungen konnten sie nicht verhindern, dass viele Arbeitsschutzregelungen für Frauen und Jugendliche sowie für den stark expandierenden Bereich der Heimarbeit für die Dauer des Krieges faktisch aufgehoben wurden.

Auf der anderen Seite zeichneten sich nach wenigen Monaten Krieg auch neue sozialpolitische Akzente ab – nicht als Ergebnis einer besonders arbeiterfreundlichen Unternehmerpolitik oder eines entsprechenden Konzepts staatlicher Sozialpolitik, sondern häufig aus der schlichten Einsicht in die Notwendigkeit, zu sozialpolitischen Kompromissen zu gelangen, um die Kriegswirtschaft und damit das militärische Überleben Deutschlands nicht zu gefährden. Zu diesen Maßnahmen zählte ab 1915 der Aufbau tariflicher und freiwilliger Schlichtungsstellen gegen den entschiedenen Widerstand der Arbeitnehmer, die sich als eine wichtige institutionelle Basis für das spätere Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 erwiesen. Zudem reagierten Unternehmer und Gewerkschaftler auf die ab 1915 zunehmenden Konflikte, die sich regelmäßig beim Wechsel von Arbeitsplätzen wegen höherer Löhne ergaben. Als das Kriegsministerium im Januar 1915 Unternehmen damit drohte, keine Aufträge mehr an sie zu vergeben, wenn sie Arbeiter ohne Zustimmung des früheren Betriebes einstellten, kam es zu wütenden Protesten des Berliner Metallarbeiterverbandes. Als Reaktion wurde im Februar 1915 ein Kriegsausschuss

für Berliner Metallbetriebe eingerichtet, in dem in wöchentlichen Sitzungen Streitfälle einvernehmlich entschieden werden sollten. Die Vertretung von Unternehmern und Gewerkschaften in diesem Ausschuss und ihre gegenseitige Anerkennung als Interessenvertreter markierten einen wichtigen Schritt hin zu einer paritätisch zusammengesetzten Institution (vgl. ebd., 55 f.; Cornelißen 2004, 858 f.).

Die hohe Arbeitslosigkeit führte in den ersten Kriegsmonaten zu erheblichen sozialen Problemen. Bis Ende Juli 1915 zahlten die gewerkschaftlichen Unterstützungskassen über 200 Millionen Mark an ihre Mitglieder aus. Nichtversicherte waren allerdings auf die geringe kommunale Unterstützung angewiesen. Von einer ausreichenden Unterstützung der Familien, deren Männer an der Front waren und deren Frauen häufig keine Arbeit fanden, konnte keine Rede sein. Sie waren allein auf die kommunale Fürsorge und Spenden angewiesen. Angesichts der auch in Deutschland steigenden Mieten wuchs die Gefahr von Obdachlosigkeit. Dieses Problem wurde von der Politik immerhin erkannt: Noch Anfang August 1914 erließ der Bundesrat eine Verordnung, der einen bis zu dreimonatigen Zahlungsaufschub bei Schuldnern ermöglichte. Zudem wurden spezielle kommunale Ämter eingerichtet, die Konflikte zwischen Mietern und Vermietern schlichten sollten (vgl. Whalen 1984; Cornelißen 2004, 857 ff.). Das Tempo dieser Neuregelungen spiegelt wider, für wie drängend die Behörden diese Fragen hielten.

Neben den steigenden Mieten wurde vor allem der Preisanstieg bei Lebensmitteln zu einem akuten Problem. Ganz im Gegensatz zu der auch in der deutschen Öffentlichkeit zu Kriegsbeginn verbreiteten Auffassung, dass Deutschland hinsichtlich der Lebensmittelproduktion autark sei, war das Land schon vor 1914 der weltweit größte Importeur landwirtschaftlicher Produkte gewesen, die 38 Prozent seiner Einfuhren ausgemacht hatten. Weil auch hier Arbeitskräfte fehlten, die im Lauf des Krieges mit deportierten Landarbeitern vor allem aus den besetzten Gebieten Osteuropas zum Teil kompensiert werden konnten, und weil die Versorgung mit Düngemitteln stockte, gingen die Anbauflächen und entsprechend auch die Produktion zurück. Sie schrumpfte im Lauf des Krieges insgesamt um ein Drittel, die Viehproduktion um 40 Prozent, die Produktion von Getreide um 36 Prozent und die von Kartoffeln um 35 Prozent. Die unmittelbare Folge waren seit Herbst 1914 steigende Lebensmittelpreise und wachsende Spannungen zwischen den Vertretern der SPD sowie der Gewerkschaften, die den Burgfrieden schon jetzt be-

droht sahen, und den Vertretern der Landwirtschaft, die in der Blockade auch Gewinnchancen erkannten (vgl. Wehler 2003, 57–64).

Angesichts dieser Entwicklungen veränderte sich bereits im Sommer 1915 die Stimmung in der deutschen Bevölkerung. Im Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom Juni 1915 heißt es:

Die Margarine ist knapper und teurer geworden [...]. Die übrigen Lebensmittel sind bei dem hohen Preisstande verblieben. Irgendeine Verbilligung steht nicht zu erwarten. Wessen Lohn durch den Krieg erheblich gewachsen ist, der kann unter den gegenwärtigen Umständen die frühere Lebenshaltung fortsetzen (Bericht 1991a, 131).

In allen anderen Haushalten zwinge das zu immer größeren Einschränkungen, die man noch gelassen ertrage, so dass noch keine »Hungerrevolten« zu befürchten seien. »Wohl aber leidet unter dieser Teuerung die Stimmung, zumal die Dauer des Krieges nicht abzusehen ist [...] und in der Masse die durch eine geschickte Agitation gestärkte Auffassung vorherrscht, daß ein großer Teil der hohen Preise fast ganz auf gewissenlose Spekulation zurückzuführen ist« (zit. n. ebd.). Schon im September 1915 wurden die Warnungen deutlicher: Die bisherige »Fruchtlosigkeit der meisten Maßnahmen zur Erzielung niedrigerer Preise« wirke nicht nur »entmutigend«, sondern politisierte den Konflikt, indem sie der Forderung nach einem baldigen Frieden »zahlreiche neue Gläubige zugeführt hat, zumal der Radikalismus seine auf dieses Ziel gerichtete »unterirdische Arbeit« fortsetzt« (Bericht 1991b, 146).

Im Oktober 1914 hatte die Regierung bereits eine Höchstpreisverordnung in Kraft gesetzt. Nach dem Beispiel der Kriegsgesellschaften in der Rohstoffbewirtschaftung wurden danach eigene Institutionen gegründet, so noch im November 1914 eine Kriegsgetreidegesellschaft zur zentralen Aufsicht über alle Getreideimporte und ihre Verteilung. Doch auch hier kam es zu einer Konkurrenz verschiedener Institutionen mit zum Teil überlappenden Zuständigkeiten. Neben den Kriegsgesellschaften konkurrierten vor allem die Beschaffungsstellen des Militärs, der Kommunen und großen Unternehmen darum, Lebensmittel zu beschaffen und verteilen. Die Folgen dieser strukturellen Ineffizienz wurden bereits seit dem Winter 1914/15 und dem Frühjahr 1915 offenkundig: Es kam zu Engpässen bei der Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln, und im Januar 1915 wurden für Berlin, ab Juni für das ganze Reich Brotkarten eingeführt. Die in immer kürzeren Abständen gegründeten Behörden, ihre Regelungs- und

Kontrollwut spiegelten keine kohärente Krisenstrategie wider, sondern waren Ausdruck einer von zunehmendem Mangel diktierten Improvisation. Von der im Juni 1915 eingerichteten Reichsgetreidestelle, der im Oktober 1915 eine Reichskartoffelstelle und schließlich eine Reichspreisprüfungsstelle folgte, bis hin zur Erlaubnis für Gerichte, in Konflikten die letzten Friedenspreise für verbindlich zu erklären, bildete sich weniger eine staatliche dirigierte Zwangswirtschaft heraus als vielmehr eine Mangelökonomie. Die Entwicklung korporativ geprägter Behörden erreichte im Mai 1916 mit der Gründung des Kriegsernährungsamtes einen Höhepunkt. In den Vorstand dieser Behörde trat mit August Müller zum ersten Mal ein Sozialdemokrat in ein Regierungsamt ein.

Aber allen staatlichen Anstrengungen zum Trotz zeichnete sich schon früh ab, dass ein immer größerer Teil von Lebensmitteln – auf dem Höhepunkt zwischen 30 und 50 Prozent – auf den expandierenden Schwarzmärkten gehandelt wurde. Es kam zu einer schleichenden Kriminalisierung des Alltags. Schon 1915 stellte das Reichsgesundheitsministerium bei Reihenuntersuchungen Mangelerscheinungen und Unterernährung vor allem in den Großstädten fest. Mochten die Importe landwirtschaftlicher Güter aus dem besetzten Rumänien im Winter 1915/16 noch eine kollektive Hungerkatastrophe verhindern, so wuchs sich die stetige Verschlechterung in der Versorgung der Bevölkerung nun zu einer beginnenden Krise des Kriegsstaates und seiner Fähigkeit aus, eine gerechte und ausreichende Minimalversorgung der Zivilbevölkerung sicherzustellen. Im Winter 1915 kam es zu ersten Demonstrationen und städtischen Hungerkrawallen gegen die Unterversorgung mit Lebensmitteln (vgl. Wehler 2003, 58–61). Obwohl man über die Zahl von 700 000 zivilen Opfer durch die Blockade streiten kann, machte die Lebensmittelkrise viele Menschen sehr viel anfälliger für Krankheiten (vgl. Davis 2000, 117; dagegen Offer 1989, 51–53; 2000, 169–188). Der Aktionismus neuer Behörden provozierte die Erwartung, der Staat könne die Versorgungsprobleme lösen – erst die Enttäuschung darüber, dass dies immer weniger der Wirklichkeit entsprach, ließ die Autorität des Staates in der Lebensmittelkrise schließlich erodieren (vgl. Roerkohl 1991; Huegel 2003).

Wo die Wirkungsgrenzen der staatlichen Maßnahmen zur Kontrolle und Sicherung der Nahrungsmittelbestände lagen, illustrierte der sogenannte »Schweinemord« vom Frühjahr 1915. Vor Ausbruch des Krieges konnte Deutschland sich weitgehend eigenständig mit Fleisch versorgen, vor allem mit

Schweinefleisch. Als aber mit Kriegsbeginn die Importe von Futtergetreide ausblieben, vor allem Gerste aus Russland, führten die Behörden Anfang 1915 eine Bestandsaufnahme durch. Jetzt zeigten sich völlig entgegengesetzte Handlungslogiken: Da die meisten Bauern eine Zwangsrequirierung ihrer Futtermittelbestände aus Getreide und Futterkartoffeln befürchteten, gaben sie erheblich niedrigere Bestände an als tatsächlich vorhanden waren. Auch hofften sie durch diese imaginäre Verknappung auf höhere Preise. Dagegen fürchteten die Behörden unter dem Druck ohnehin steigender Lebensmittelpreise eine Verknappung des Brotgetreides durch zu hohe Viehbestände und ordneten die Schlachtung von über fünf Millionen Schweinen an. Daraus sollten Fleischkonserven für die Bevölkerung angelegt werden. Die wirtschaftlichen Folgen zeigten, wie wenig die staatlichen Maßnahmen in die Eigenlogik des Marktes eingreifen konnten. Zunächst verfielen wegen des Überangebots von Fleisch die Preise, dann stiegen sie in der zweiten Jahreshälfte wegen Verknappung massiv an. Schließlich setzten die Behörden Höchstpreise fest, die aber wirkungslos blieben, weil ein erheblicher Teil der Produktion längst auf den Schwarzmärkten umgesetzt wurde (vgl. Baudis 1986, 129–152).

Die Mangelgesellschaft führte zu ganz neuen Phänomenen. So beschrieb Georg Simmel 1915 den paradoxen Zusammenhang zwischen den steigenden Nahrungsmittelpreisen und dem Sparverhalten verschiedener sozialer Klassen: »Leute, die an Hummersalat, junge Karotten und Rebhühner gewöhnt waren«, würden nur noch »grüne Heringe, alte Mohrrüben und Lungenhaschee« essen und dabei überzeugt sein, »dem Vaterland um so mehr damit zu leisten, je schlechter es ihnen schmeckte«. Doch sei genau das Umgekehrte richtig: »Solange die billigen Nahrungsmittel unbeschränkt am Markt waren, mochte es eine Tugend der Reichen sein, sich an ihre Einfachheit zu halten. Jetzt aber, wo ihr Maß begrenzt und kaum vermehrbar ist, müssen die Reichen möglichst auf sie verzichten zugunsten derjenigen, die keine teuren bezahlen können.« Sparten die Wohlhabenden also, so verknappten sie »den Substanzvorrat, an den die Armen gewiesen sind« (Simmel 2000, 120).

Die militärische Krise im Sommer 1916 und die Berufung der Dritten Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff wirkten sich ab Herbst auch unmittelbar auf die Kriegswirtschaft aus. Um die ausufernde Schaffung immer neuer Behörden zu verhindern, die Entscheidungsprozesse zu zentralisieren und vor allem die Priorität der Kriegsproduk-

tion sicherzustellen, wurde Ende August 1916 das sogenannte Hindenburg-Programm beschlossen, mit dem die Kriegswirtschaft neu organisiert werden sollte. Vor dem Hintergrund der verlustreichen Schlachten von Verdun und an der Somme bestand die OHL darauf, die Rüstungsproduktion innerhalb kurzer Zeit, bis zum Frühjahr 1917, enorm zu steigern und die Prioritäten der Kriegswirtschaft neu zu definieren. Die Herstellung von Munition und Minenwerfern sollte verdoppelt, die von Artilleriegeschützen und Maschinengewehren sogar verdreifacht werden. Dahinter stand eine neuartige Ökonomisierung des Krieges, ein Aufrechnen von Kriegsdemographie und Maschinenkrieg. Die erlittenen Menschenverluste würden sich, so die Erwartung, durch Maschinen kompensieren lassen. Kriegsmminister Wild von Hohenborn beschrieb diesen Zusammenhang Mitte September 1916 vor Industrievertretern:

Je mehr wir mit unserem Menschenmaterial schließlich einmal in die Hinterhand kommen, desto mehr muß die Maschine, das Geschütz, das Maschinengewehr, die Granate usw. an die Stelle des Menschen treten und daraus folgt, daß wir nicht nur mit unseren Gegnern mindestens Schritt halten müssen, sondern daß wir sie überflügeln müssen (zit. n. Geyer 2004, 557).

Finanzierungsfragen sollten hinter den Primat dieser Rüstungsexpansion zurücktreten, nicht kriegsrelevante und unproduktive Betriebe sollten ganz stillgelegt werden. Das Anfang Dezember 1916 erlassene Hilfsdienstgesetz setzte auf die Mobilisierung aller Arbeitskräfte und Zwangsmaßnahmen. So wurde die Freizügigkeit der Arbeiter bei der Arbeitsplatzwahl massiv eingeschränkt. Zunächst war sogar ein allgemeiner Arbeitszwang als Äquivalent zur Wehrpflicht vorgesehen, doch tatsächlich handelte es sich bei dem Gesetz um einen Kompromiss, der auch den Gewerkschaften nutzte. Die Reichsregierung unter Bethmann Hollweg setzte darauf, der SPD und den Gewerkschaften in einigen Punkten entgegenzukommen, um den »Burgfrieden« unter schwierigen Bedingungen zu erneuern. Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten mussten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse einrichten. In Schlichtungsausschüssen waren Arbeitgeber und Gewerkschaften nun paritätisch vertreten. Während sich Konflikte zwischen OHL und Reichsregierung sowie zwischen konservativen Unternehmen und Gewerkschaften verschärften, vertiefte sich zwischen Staat, Militär und Gewerkschaften im Zeichen der Kriegsmobilisierung die Kooperation (vgl. Feldman 1985, 169–206; Mai 1985; 2004, 553–554). In der wirt-

schaftlichen Praxis zeigten sich sehr bald die Probleme des Hindenburg-Programms, dem letztlich kein kohärenter Plan, sondern die situative Krise vom Sommer 1916 zugrunde lag. Die Produktionssteigerung gelang zwar, aber deutlich später als avisiert: Erst im Winter 1917/18 wurden erste Erfolge erkennbar. Zugleich aber verschärfte die radikale Umstellung auf die Kriegsproduktion die Kohlekrise, überforderte die Verkehrsinfrastrukturen und Transportkapazitäten und blieb bis den Herbst 1917 weit hinter den gesetzten Zielen zurück (vgl. Geyer 2004).

Drei Probleme charakterisierten die beiden letzten Kriegsjahre immer deutlicher und machten aus der Kriegs- eine Krisenwirtschaft: Neben der Lebensmittelkrise führte die Teuerung sowie die Lohnentwicklung der abhängig Beschäftigten zu einer neuen Verteilung der Rollen von Gewinnern und Verlierern in der Gesellschaft. Dabei war nicht so sehr der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit entscheidend, als vielmehr die unterschiedliche Entwicklung in den Friedens- und Kriegsindustrien. Der Kriegswirtschaft ging es dabei signifikant besser als der Friedenswirtschaft: Sanken hier die indizierten Gewinne von 100 Prozent (1913) auf 85 Prozent (1915) und 51 Prozent (1917), so waren die Rückgänge in der Kriegsindustrie deutlich moderater (1915: 84%, 1917: 82%). Die kumulierten Reallöhne der Arbeiter, die neben der Reallohnentwicklung auch die Arbeitsproduktivität berücksichtigen, veränderten sich vor allem in den letzten beiden Kriegsjahren: Sie stiegen von 1914 (100%) zu 1915 zunächst auf 109 Prozent, stagnierten 1916 dann bei 103 Prozent, bevor sie sich 1917 bei 87 Prozent und 1918 bei 96 Prozent einpendelten. Nicht die Gegensätze selbst, sondern die subjektive Wahrnehmung des Gegensatzes zwischen Lohnempfängern und Kapitalempfängern veränderte sich, zumal angesichts des bereits niedrigen Versorgungsniveaus der Arbeiter und der Lebensmittelkrise gerade in den industriellen Zentren und Großstädten jeder Rückgang existenzielle Bedeutung hatte, was sich bei Nutznießern von Kapitaleinkünften, die über insgesamt höhere Einkommen und häufig über Sachwerte verfügten, ganz anders darstellte (vgl. Kocka 1973, 9–64; Ritschl 2005, 54–55; Burhop 2011, 208–210). Hier driftete die Kriegsgesellschaft in der zeitgenössischen Wahrnehmung immer weiter auseinander und stellte den politischen Burgfrieden wie die neuen Integrationskonzepte – von »Gemeinwirtschaft« und »Kriegssozialismus« bis zur »Volksgemeinschaft« – grundlegend in Frage.

Das dritte Problem war die Finanzierung des Krieges, die schleichende Verschuldung des Reiches und damit zusammenhängend die Geld- und Kreditinflation. Auch die Reichsbank hatte mit einem kurzen Krieg gerechnet, und der in der Zitadelle von Spandau bereitgehaltene Staatsschatz war angesichts der exorbitanten Kriegskosten innerhalb kurzer Frist aufgebraucht worden. Im Haushaltsjahr 1914/15 war nur noch ein Viertel der Reichsausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt, und seit 1915/16 lag dieser Anteil immer niedriger als 10 Prozent (vgl. Burhop 2011, 210f.).

Um das Alltagsleben der durch die großen Verluste an Töten und Verwundeten ohnehin enorm belasteten Bevölkerung nicht zusätzlich zu erschweren und damit den Zusammenhalt der Kriegsgesellschaft in Frage zu stellen, griff man zur Kriegsfinanzierung nicht auf das Mittel höherer Steuern zurück. Mit 14 Prozent lag diese Finanzierungsquelle in Deutschland deutlich niedriger als etwa in Frankreich und Großbritannien. Stattdessen wurde der Krieg mit Anleihen und vor allem durch eine Vermehrung der Geldmenge mit der Folge schleichender Inflationierung finanziert (vgl. Balderston 1988, 222–244; Gross 2009, 223–252). Es lag in der Logik der Kriegsanleihen, die in groß angelegten Werbeaktionen mit Hilfe staatlicher Stellen, Banken und Sparkassen als patriotische Pflicht aller Deutschen beworben wurden, den Krieg mit einem Siegfrieden zu beenden – denn nur dann würden die Anleihen in voller Höhe von den Gegnern zurückgezahlt werden. Insofern trug die Kriegsfinanzierung durch Anleihen zu einer kollektiven Erwartungshaltung bei, welche die Möglichkeit eines Kompromissfriedens oder gar des Eingeständnisses einer Niederlage einschränkte. Mit einem Zins von 5 Prozent, ab 1916 von 4,5 Prozent erschien die Anleihe als attraktive Anlagemöglichkeit, zumal angesichts der Verknappung des Warenangebots relativ viel Geld zur Verfügung stand. Bis zur vierten Anleihe im März 1916 stieg der Anteil von Kleinzeichnungen bis 2000 Mark auf über 4 Millionen Zeichner, brach dann aber in der fünften Anleihe im Herbst 1916 ein. In den verlustreichen Schlachten von Verdun und an der Somme zwischen Frühjahr und Herbst 1916, die trotz der enormen Opferzahlen keine militärische Entscheidung des Krieges herbeiführten, erlitt offenkundig auch das Vertrauen vieler Kleinsparer auf einen Siegfrieden einen Rückschlag. Die Kleinanleger wurden nun immer stärker von Großinvestoren abgelöst, die steuerlich von der Anlage in Kriegsanleihen zu profitieren hofften (vgl. Mommsen 2002, 84–87).

Ab September 1916 überstieg die Verschuldung die Erlöse aus den Kriegsanleihen – 1917 wuchs die Geldmenge um 56 Prozent, 1918 gar um 76 Prozent. Insgesamt versechsfachte sich die Basisgeldmenge in Deutschland von 7,2 Mrd. Mark 1913 auf 43,6 Mrd. 1918. Insbesondere stieg der Druck auf Städte und Gemeinden, die für die Versorgung der Kriegerfamilien zuständig waren und sich zum Teil durch ausländische Valutakredite verschulden mussten. Das System der Preiskontrollen und Höchstpreisverordnungen verhinderte den Ausbruch der Inflation während des Krieges, aber es verschob die Probleme allenfalls bis nach Kriegsende. Während die Hyperinflation nach 1918 die Geldvermögen weiter Teile der Gesellschaft vernichtete, entschuldete sich der Staat: Hatte die deutsche Staatsschuld 1913 40 Prozent des Sozialprodukts betragen, waren es 1928 noch 8,4 Prozent (vgl. Ferguson 2000, 409–434; Burhop 2011, 212 f.).

Zusammenfassung: Erwartung und Erfahrung der deutschen Wirtschaft im Krieg

(1) Der neuartige Zusammenhang von Wirtschaft, Gesellschaft und Krieg war ein entscheidendes Thema in allen Vorkriegsgesellschaften gewesen. Industrialisierungs- und Differenzierungsprozesse waren immer wieder im Blick auf die Kriegsfähigkeit von Staaten hin verglichen worden. In diesem Zusammenhang standen Effizienzdebatten, der zeitgenössische Vergleichsdruck und die Selbstdarstellung von Wirtschaftsnationen. Angesichts der wirtschaftlichen und technologischen Dynamik hatte sich neben dem moralischen ein Pazifismus aus der Sicht rationaler Wirtschaftsanalyse entwickelt: Hier ging es darum, den Krieg im Zeitalter des fortgeschrittenen Industriekapitalismus als Prinzip zu überwinden. Aber nicht nur auf der Ebene von Wirtschaftsdiskursen ergaben sich wichtige Kontinuitäten zwischen Vorkriegszeit und Erstem Weltkrieg. Gerade in Deutschland hatten sich bereits vor 1914 in den rüstungsrelevanten Industrien einige Trends ausgebildet, die im Weltkrieg beschleunigt und intensiviert wurden. Dazu zählte die von den Unternehmen formulierte Forderung nach einer nationalen Kontrolle und Zentralisierung aller wirtschaftlichen Ressourcen, das Drängen der Militärs auf eine umfassende Mobilisierung der ganzen Gesellschaft als »Volk in Waffen« sowie überhaupt die Tendenz zu einem technokratisch-gesamtstaatlichen Denken,

das die Organisation der Ökonomie von den Rüstungsanstrengungen und der Ressourcenlogik in einem möglichen Materialkrieg abhängig machte (Geyer 1984, 83 ff.).

(2) Den Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft seit dem Sommer 1914 kennzeichneten mehrere Prozesse: Der deutsche Kriegsnationalismus und zumal der Kulturkrieg der Intellektuellen hatte auch eine ökonomische Bedeutungsdimension. Der Erweis nationaler Loyalität wurde nun höher bewertet als die Erfahrung transnationaler Wirtschaftsbeziehungen, von denen gerade Deutschland vor 1914 besonders profitiert hatte. Verstärkt wurden die in diesem Zusammenhang ausgebildeten antibrutischen Feindbilder durch die Erfahrung der britischen Blockade. Sie setzte eine doppelte Krise in Gang: Die abgeschnittene Rohstoffzufuhr bedingte eine Krise der militärischen Front, und die ausbleibenden Lebensmittelimporte machten den Kampf um die Nahrung an der Heimatfront zu einer Alltagserfahrung. Die Folge waren ein Prioritätenwandel zwischen Friedens- und Kriegswirtschaft sowie eine dramatische Veränderung des Verhältnisses zwischen Staat, Militär und Wirtschaft. Im Zeichen der Ressourcenverknappung und der industriellen Mobilisierung veränderten sich die Wahrnehmungen von Gewinnern und Verlierern des Krieges.

(3) Zugleich entwickelten sich damit neue Deutungsmuster der Kriegsökonomien im Spannungsfeld von Kontinuitäten und Brüchen gegenüber der Vorkriegszeit. Auch mit neuen Begriffen wurde der Weltkrieg zum Weltwirtschaftskrieg und provozierte Utopien für ein neues Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die semantischen Formeln »Gemeinwirtschaft«, »Kriegssozialismus«, »Volksgemeinschaft« und »organisierter Kapitalismus« bildeten aber weniger die Realität der deutschen Kriegswirtschaft ab, sondern unterstrichen, wie sehr der Krieg auch als Ausgangspunkt für neue Ordnungsmodelle gelten konnte, die über das Ende des Kriegs hinaus weiterwirken sollten. Dagegen reflektierte die Karriere der neuen ökonomischen Feindbilder, der englischen »Händler« oder der jüdischen »Schieber« und »Spekulant«, eine zunehmend polarisierte Kriegsgesellschaft, die sich von der imaginierten Einheit des Burgfriedens vom August 1914 immer mehr entfernte.

(4) In der Praxis zeigten sich Ausmaß und Grenzen der wirtschaftlichen Totalisierung des Krieges: Auch in Deutschland wirkte die Kriegswirtschaft als exemplarischer Effizienztest für den Staat, während sich zugleich eine neuartige komplexe Tektonik von

Beziehungen entwickelte, hinter denen die Anerkennung von Kriegsleistungen stand: zwischen Pflichten und Rechten, Mobilisierung und Partizipation, Opfer und Versorgung. Die Organisations-, Kontroll- und Regelungswut des Staates nahm enorm zu; aber in dem Ausmaß, in dem dieser Aktionismus die Erwartung steigerte, alle Probleme der Kriegswirtschaft auch wirklich zu lösen – von der Rohstoffkrise über die Sicherung der Ernährung bis zur Finanzierung des Krieges und der gerechten Verteilung der Kriegslasten – kehrte sich die Nichterfüllung dieser Versprechen in der Praxis gegen den Staat und seine Glaubwürdigkeit. So entwickelte sich am Ende ein Zusammenhang von Versorgungskrisen, Verteilungskonflikten und Legitimationsdefiziten. Soziale und ökonomische Krisenerfahrungen wurden schließlich in nationale, ethnische und ideologische Feindbilder konvertiert.

Literatur

- Andersen, Matthew: *The Ascendancy of Europe 1815–1914*. London 1985.
- Angell, Norman: *The Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power to National Advantage*. London 1910.
- Balderston, Thomas: War finance and inflation in Britain and Germany, 1914–1918. In: *Economic History Review* 42/2 (1988), 222–244.
- Baten, Jörg/Schulz, Rainer: Making profits in wartime: Corporate profits, inequality, and GDP in Germany during the first world war. In: *Economic History Review* 58 (2005), 34–56.
- Baudis, Dieter: »Vom Schweinemord zum Kohlrübenwinter«. Streiflichter zur Entwicklung der Lebensverhältnisse in Berlin im Ersten Weltkrieg (August 1914 bis Frühjahr 1917). In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1986), 129–152.
- Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 25. Juni 1915. In: Wolfdieter Bihl (Hg.): *Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs*. Darmstadt 1991a, 131.
- Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 18. September 1915. In: Wolfdieter Bihl (Hg.): *Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs*. Darmstadt 1991b, 146.
- Bloch, Johann von: *Der Krieg. Übersetzung des russischen Werkes des Autors: Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung*. 6 Bde. Berlin 1899.
- Broadberry, Stephen N./Harrison, Mark: The economics of world war I: An overview. In: Dies.: *The Economics of World War I*. Cambridge 2005, 3–40.
- Bruendel, Steffen: *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die »Ideen von 1914« und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*. Berlin 2003.
- Burchardt, Lothar: Zwischen Kriegsgewinnen und Kriegskosten: Krupp im Ersten Weltkrieg. In: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 32 (1987), 71–123.
- Burhop, Carsten: *Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871–1918*. Göttingen 2011.

- Burke, Kathleen (Hg.): *War and the State. The Transformation of British Government, 1914–1919*. London 1982.
- Ceadel, Martin: *Living the Great Illusion: Sir Norman Angell, 1872–1967*. Oxford 2009.
- Cornelißen, Christoph: Sozialpolitik (Deutsches Reich). In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn 2004, 857–859.
- Davis, Belinda J.: *Home Fires Burning. Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin*. Chapel Hill 2000.
- Dibelius, Wilhelm: *England und wir. Deutsche Vorträge Hamburger Professoren*. Bd. 2. Hamburg 1914.
- Engels, Friedrich: Einleitung zu Sigismund Borkheim: Zur Erinnerung an die deutschen Mordspatrioten, 1806–1807 [1888]. In: Karl Marx/Ders.: *Werke*, 39 Bde. Ergänzungsbd. Teil 1–2. Berlin 1981, 350–351.
- Feldman, Gerald D.: *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*. Berlin 1985 (amerik. 1966).
- Ferguson, Niall: How (not) to pay for the war. Traditional finance and »total« war. In: Roger Chickering/Stig Förster (Hg.): *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*. Cambridge 2000, 409–434.
- Fisch, Jörg: *Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850–1914*. Stuttgart 2002.
- Flora, Peter u. a.: *State, Economy and Society in Western Europe 1815–1975*. Bd. 1. Frankfurt a. M. 1983, 361–449.
- French, David: *British Economic and Strategic Planning 1905–1915*. London 1982.
- Gall, Lothar: *Walther Rathenau: Portrait einer Epoche*. München 2009.
- Geyer, Martin H.: Hindenburgprogramm. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn 2004, 557–558.
- Geyer, Michael: *Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980*. Frankfurt a. M. 1984.
- Goebel, Otto Heinrich: *Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg*. Stuttgart 1930.
- Gross, Stephen: Confidence and gold: German war finance 1914–1918. In: *Central European History* 42 (2009), 223–252.
- Hardach, Gerd: *Der Erste Weltkrieg*. München 1973.
- Heffnerich, Karl: *Beiträge zur neuesten Handelspolitik*. Berlin 1901.
- Hennoek, Ernest P.: *The Origin of the Welfare State in England and Germany, 1850–1914: Social Policies Compared*. Cambridge 2007.
- Herbert, Ulrich: Zwangsarbeit als Lernprozess. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 24 (1984), 285–304.
- Herren-Oesch, Madeleine: *Internationale Sozialpolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Die Anfänge europäischer Kooperation aus der Sicht Frankreichs*. Berlin 1993.
- Hilferding, Rudolf: Arbeitsgemeinschaft der Klassen [1915]? In: Cora Stephan (Hg.): *Zwischen den Stühlen, oder Über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940*. Berlin 1982, 63–76.
- Huegel, Arnulf: *Kriegsernährungswirtschaft Deutschlands während des Ersten und Zweiten Weltkriegs im Vergleich*. Konstanz 2003.
- Johann, Ernst (Hg.): *Innenansicht eines Krieges. Bilder – Briefe – Dokumente*. Frankfurt a. M. 1968.
- Kocka, Jürgen: *Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918*. Göttingen 1973.

- Koselleck, Reinhart u.a.: Volk, Nation, Nationalismus, Masse. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*. Bd. 7. Stuttgart 1992, 141–432.
- Krüger, Dieter: *Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland*. Göttingen 1983.
- Krüger, Dieter: Kriegsozialismus. Die Auseinandersetzung der Nationalökonomien mit der Kriegswirtschaft 1914–1918. In: Wolfgang Michalka (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München 1994, 506–529.
- Mai, Gunther: *Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918. Studien zu Arbeitskampf und Arbeitsmarkt im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1985.
- Mai, Gunther: *Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg*. München 1993.
- Mai, Gunther: »Verteidigungskrieg« und »Volksgemeinschaft«. Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges 1900–1925. In: Wolfgang Michalka (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München 1994, 583–602.
- Mai, Gunther: Der Erste Weltkrieg. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): *Scheidewege der deutschen Geschichte. Von der Reformation bis zur Wende 1517–1989*. München 1995, 159–171.
- Mai, Gunther: Hilfsdienstgesetz. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn 2004, 553 f.
- Malkowsky, Georg (Hg.): *Die Pariser Weltausstellung in Wort und Bild*. Berlin 1900.
- Michalka, Wolfgang: Kriegrohstoffbewirtschaftung, Walther Rathenau und die »kommende Wirtschaft«. In: Ders. (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München 1994, 485–505.
- Mommsen, Wolfgang J.: Das Englandbild der Deutschen und die britische Sicht seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. In: Hans Süßmuth (Hg.): *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*. Baden-Baden 1996, 215–234.
- Mommsen, Wolfgang J.: *Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914–1918*. (=Gebhardt – Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 17). Stuttgart 2002.
- Mühlhausen, Walter: Die Sozialdemokratie am Scheideweg – Burgfrieden, Parteikrise und Spaltung im Ersten Weltkrieg. In: Wolfgang Michalka (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München 1994, 649–671.
- Mulligan, William: *The Origins of the First World War*. Cambridge 2010.
- Naumann, Friedrich: Demokratie und Kaisertum [1900]. In: Ders.: *Werke. Politische Schriften*. Bd. 2: Schriften zur Verfassungspolitik. Hg. von Theodor Schieder. Opladen 1964, 1–351.
- Offer, Avner: *The First World War. An Agrarian Interpretation*. Oxford 1989.
- Offer, Avner: The blockade of Germany and the strategy of starvation, 1914–1918. An agency perspective. In: Roger Chickering/Stig Förster (Hg.): *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*. Cambridge 2000, 169–188.
- Plenge, Johann: *1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes*. Berlin 1916.
- Rathenau, Walther: Deutschlands Rohstoffversorgung. Vortrag, gehalten in der »Deutschen Gesellschaft 1914« am 20. Dezember 1915. In: Ders.: *Gesammelte Schriften*. Bd. 5: Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Berlin 1925, 24–58.
- Ritschl, Albrecht: The pity of peace: Germany's economy at war, 1914–1918 and beyond. In: Stephen N. Broadberry/Mark Harrison (Hg.): *The Economics of World War I*. Cambridge 2005, 41–76.
- Ritter, Gerhard A.: *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich*. München 1983.
- Roerkohl, Anne: *Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkriegs*. Stuttgart 1991.
- Rohkrämer, Thomas: *Der Militarismus der »kleinen Leute«. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871–1914*. München 1990.
- Rohlack, Momme: *Kriegsgesellschaften (1914–1918)*. Frankfurt a. M. 2001.
- Roth, Regina: *Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente*. Berlin 1997.
- Sabrow, Martin: Walther Rathenau. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn 2004, 786 f.
- Scheler, Max: *Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg*. Leipzig 1915.
- Schlieffen, Alfred von: Der Krieg in der Gegenwart [1909]. In: Bernd Ulrich/Jakob Vogel/Benjamin Ziemann (Hg.): *Untertan in Uniform. Militär und Militarismus im Kaiserreich 1871–1914. Quellen und Dokumente*. Frankfurt a. M. 2001, 193–195.
- Schremmer, Eckart: *Steuern und Staatsfinanzen während der Industrialisierung Europa England, Frankreich, Preußen und das Deutsche Reich 1800–1914*. Berlin 1994.
- See, Klaus von: *Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg*. Frankfurt a. M. 1975.
- Sheehan, James: *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden*. München 2008 (amerik. 2008).
- Simmel, Georg: Geld und Nahrung [1915]. In: Ders.: *Gesamtausgabe*. Bd. 13: Aufsätze und Abhandlungen 1909–1918. Hg. von Otthein Rammstedt. Frankfurt a. M. 2000, 117–123.
- Sombart, Werner: *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen*. München 1915.
- Spencer, Herbert: The man versus the state [1884]. In: Ders.: *Political Writings*. Hg. von John Offer. Cambridge 1994, 61–175.
- Szöllösi-Janze, Margit: *Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie*. München 1998.
- Thiel, Rudolf: *Die Generation ohne Männer*. Berlin 1932.
- Troeltsch, Ernst: Nach der Erklärung der Mobilmachung, 2. August 1914. In: Peter Wende (Hg.): *Politische Reden*. Bd. 3: 1914–1945. Frankfurt a. M. 1994, 9–19.
- Ullmann, Hans-Peter: Kriegswirtschaft. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn 2004, 220–232.
- Verhey, Jeffrey: Ideen von 1914. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn 2004, 568 f.

- Vogel, Jakob: *Nationen im Gleichschritt. Der Kult der »Nation in Waffen« in Deutschland und Frankreich, 1871–1914*. Göttingen 1997.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949. München 2003.
- Wendt, Bernd Jürgen: War socialism. Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus im Ersten Weltkrieg. In: Heinrich August Winkler (Hg.): *Organisierter Kapitalismus: Voraussetzungen und Anfänge*. Göttingen 1974, 117–149.
- Whalen, Robert Weldon: *Bitter Wound German Victims of the Great War, 1914–1939*. Ithaca 1984.
- Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich von: Krieges Anfang, 27. August 1914. In: Peter Wende (Hg.): *Politische Reden*. Bd. 3: 1914–1945. Frankfurt a. M. 1999, 20–29.
- Winkler, Heinrich August: *Geschichte des Westens*. Bd. 2: Die Zeit der Weltkriege. München 2011.
- Wright, Quincy: *A Study of War*. Chicago 1965.
- Zilch, Reinhold: Rohstoffbewirtschaftung. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn 2004, 797–800.

Jörn Leonhard